

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal zzgl. Postgeb.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Geustleigstraße 30, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltige Beizeile 20 Pf.  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Preisanzeigen in der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 39

Stuttgart, den 29. September 1900

16. Jahrgang

## Zur Beachtung!

Das Bureau des Verbandes, sowie die Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ befindet sich jetzt

**Sophienstraße 10 I in Stuttgart.**

Sämtliche für Verbandsvorstand, Verbandskasse und „Buchbinder-Zeitung“ bestimmte Sendungen sind deshalb nach **Sophienstraße 10 I, Stuttgart**, zu richten.

## Der Ausstand ist beendet.

Nach heißem Ringen und Streiten ist nun doch die Einigung zu Stande gekommen; immer wieder stellten sich Hindernisse in den Weg, welche die Gefahr heraufbeschworen, daß trotz aller Bemühungen und Verhandlungen eine Verständigung nicht herbeigeführt werden konnte.

Schon auf der Tarifkonferenz gab es nicht allgemein zufriedene Gemüther, die Berliner konnten den für ihre Verhältnisse getroffenen Vereinbarungen nicht ihre Zustimmung geben. Es ergaben sich für die Berliner namentlich Differenzen bei der Nominierung der Löhne der Arbeiterinnen, desgleichen bei den Löhnen der Spezialarbeiter, ferner sollten die geforderten Prozentschläge für die, welche die geforderten Minimallohne schon haben, unbedingt zu niedrig gegriffen sein.

Auch in Stuttgart erhob sich theilweiser Widerspruch, hier wurden ebenfalls die Löhne der Arbeiterinnen als zu gering bezeichnet.

Während nun in Leipzig in einer stark besuchten Versammlung, nach auch dort etwas erfolgter Opposition, den Abmachungen der Tarifkonferenz einstimmig zugestimmt wurde, lehnte man in Berlin die für Berlin getroffenen Abmachungen einstimmig ab. Dadurch entstand eine im Allgemeinen sehr unangenehme Situation. Die Zahl der Ausständigen hatte sich in Berlin vermehrt. Am Sonnabend wurden etwa 1230 Personen als ausständig in den Listen geführt, in diese Zahl sind die Stenografen, die in den Streik getreten sind, mit etwa 105 Personen einbegriffen. Die Zahl der Ausständigen würde bedeutend höher sein, wenn nicht ein größerer Theil der Kollegen und Kolleginnen schon zu den verlangten höheren Lohnsätzen — höher als wie sie auf der Tarifkonferenz beschlossen waren — in Arbeit getreten wären, es erscheint deshalb begreiflich, daß die zu den höheren Bedingungen Arbeitenden mit den Beschlüssen der Tarifkonferenz nicht einverstanden waren.

Auf diesen, die Tarifabmachungen ablehnenden Bescheid der Berliner erklärten nunmehr die Fabrikanten, daß, wenn die Berliner am Montag die Arbeit nicht aufnehmen, die Aussperrung über alle drei Städte aufrecht erhalten wird.

Dadurch hätte der Kampf natürlich an Ausdehnung zugenommen und wenn auch die Organisation vielleicht in der Lage war, auch diesen an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden und auf längere

Zeit hinaus die Ausständigen zu unterstützen, so wären doch nach dem für den Verband ernste Zeiten gekommen. Es hätte Jahre bedurft, bevor unsere Organisation wieder einen namhaften Fonds angeammelt hätte, um eventuell erneut an uns gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. Wären aber nochmals die angestrebten und auf der letzten Tarifkonferenz getroffenen Vereinbarungen in die Brüche gegangen, so wäre jedenfalls auf längere Zeit hinaus an einen festzuliegenden Tarif überhaupt nicht zu denken gewesen, ganz abgesehen davon, daß in den kleineren Städten, in denen sich gegenwärtig auch ganz lebhaft und auf Erfolg hoffende Bewegungen bemerkbar machen, an Lohnforderungen in diesem Jahre nicht mehr zu denken gewesen wäre, da die Geldmittel dazu nicht gereicht hätten.

Aber auch dieser letzte schwere Prellbock ist glücklich beseitigt worden. Am Sonntag Vormittag hat in Berlin die dazu Stellung nehmende Versammlung stattgefunden. Vor dieser Versammlung hatten die Berliner Kollegen mit ihren Prinzipalen nochmals eine Sitzung — derselben wohnten auch zwei Leipziger Prinzipale bei — in der noch einige Zugeständnisse von den Arbeitgebern gemacht wurden, so daß in der Versammlung beschlossen wurde, unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

Somit wäre nach heißem Kampfe Friede geschlossen. Hoffen wir, daß er von keiner Seite gestört wird. Leider haben wir schon Mittheilungen erhalten, daß von Seiten einiger Unternehmer die Beschlüsse nicht strikte innegehalten wurden. Differenzen ergaben sich bei der Einstellung der Arbeiter an ihre alten Plätze. Aus Leipzig und Stuttgart werden solche Differenzen gemeldet. Der Verband der Unternehmer wird hoffentlich dafür sorgen, daß auch seine Mitglieder sich den Beschlüssen der Konferenz fügen.

So ist denn der Lohnkampf für diese drei Städte siegreich beendet durch das mannhafte Eintreten, durch die gute Disziplin der Kollegen und Kolleginnen. Es hieße aber die Thatsachen verkennen, wollten wir nicht zugestehen, daß wir auch einen Theil unserer Erfolge dem Tarifamt der Buchdrucker zu verdanken haben, das durch seine von beiden Seiten anerkannte unparteiische Leitung eine Einigung ermöglichte.

Somit sind wir einen guten Schritt auf dem Wege der Tarifvereinbarungen vorwärts gekommen, unsere Aufgabe wird es sein, diesem von uns angestrebten Ziele näher zu kommen durch weiteren Ausbau des Tarifs und dessen Einführung für ganz Deutschland.

## Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899.

II.

Die 55 Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von 7 687 154 Mk. und eine Ausgabe von 6 450 876 Mk. An Rassenbestand verblieben ihnen 5 577 546 Mk., wovon allerdings auf den Verband der Buchdrucker 2 724 101 Mk.

oder pro Kopf der Mitglieder des Verbandes 103,40 Mk. entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Rassenbestand auf. So die Maurer 453 563 Mk., die Metallarbeiter 385 148 Mk., die Holzarbeiter 252 310 Mk., Zimmerer 194 630 Mk., Porzellanarbeiter 168 058 Mk., Buchbinder 146 293 Mk., Hutmacher 114 736 Mk. In den übrigen Organisationen betrug der Rassenbestand weniger als 100 000 Mk.

Im Jahre 1891 betrug die Gesamteinnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) 1 116 588 Mk. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rapid in die Höhe gegangen. Wenn man jedoch die auf den Kopf der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften entfallende Summe betrachtet, so zeigt sich unter diesen Beträgen nicht nur eine kolossale Differenz, sondern es ergibt sich auch, daß in einzelnen Gewerkschaften eine Erhöhung der Beitragsleistung am Platze wäre. Es vereinnahmten pro Kopf der Mitglieder und Jahr:

Buchdrucker 59,98 Mk., Hutmacher 32,74, Bildhauer 25,17, Zigarrensortierer 22,74, Gastwirthsgehilfen 19,03, Handschuhmacher 18,99, Steinarbeiter 18,69, Kupferschmiede 17,97, Former 17,77, Porzellanarbeiter 17,77, Lithographen und Steinbrücker 17,45, Sclaf 17,39, Handlungsgehilfen 16,39, Brauer 15,87, Zimmerer 15,75, Graveure 15,50, Buchbinder 15,30, Maurer 14,24, Maler 13,41, Töpfer 13,14, Lederarbeiter 12,90, Bäcker 12,64, Seelente 12,01, Steinseher 11,21, Tabakarbeiter 10,94, Glasarbeiter 10,57, Metallarbeiter 10,55, Bergolber 10,39, Holzarbeiter 10,28, Schmiede 10,26, Formstecher 10,25, Müller 10, Lagerhalter 9,82, Konditoren 9,22, Böttcher 8,89, Handelshilfsarbeiter 8,83, Sattler 8,36, Schneider 8,31, Schiffszimmerer 7,95, Textilarbeiter 7,86, Fabrikarbeiter 7,55, Schuhmacher 7,43, Gemeindebetriebsarbeiter 7,38, Hafenarbeiter 7,28, Werftarbeiter 7,20, Bureauangestellte 6,36, Stukkatoren 6,18, Buchdruckerhilfsarbeiter 5,56, Tapezierer 5,28, Barbier 2,17.

Die Beitragshöhe und dementsprechend auch die pro Kopf entfallende Jahreseinnahme wird in den Gewerkschaften, je nachdem Unterstützungen gezahlt werden, verschieden sein. Es zeigt sich jedoch auch bei den Organisationen, welche die gleichen Einrichtungen haben, eine erhebliche Differenz in der Einnahme, so daß, sofern es nicht in dem größeren Zuwachs an Mitgliedern in der letzten Hälfte des Jahres liegt, hier nicht regelmäßige Beitragszahlung der Mitglieder oder ungenügende Beitragshöhe vorhanden sein muß. Als Minimalbeitrag einer Gewerkschaft muß ein solcher von 15 Pf. gelten. Damit muß sich aber eine Jahreseinnahme von 7,80 Mk. pro Kopf der Mitglieder ergeben.

Die fortgesetzte Agitation für höhere Gewerkschaftsbeiträge hat erfreulicherweise dazu geführt, daß die Gegner hoher Beiträge fast völlig ausgestorben sind und in den letzten Jahren in fast allen Gewerkschaften die Beiträge erhöht wurden. Im Jahre 1891 hatten 80 Prozent aller Gewerkschaften einen Beitrag von unter 20 Pf. pro Woche, während im Jahre 1899 nur noch 27 Prozent mit diesem Bei-

tragsfuß vorhanden waren. Interessant ist, in der nachfolgenden Aufstellung diese Steigerung der Beiträge in der Zeit von 1891 bis 1899 zu verfolgen.

Jahr	Die Beitragsfüße in angegebener für Organisationen	Davon hatten einen Beitrag von			
		unter 15 Pf.		unter 20 Pf.	
		Zahl	in Prozenten	Zahl	in Prozenten
1891	36	14	39	29	80
1892	39	11	28	29	74
1893	43	12	28	30	70
1894	44	13	30	28	60
1895	43	9	21	24	56
1896	44	10	23	23	52
1897	52	9	17	22	42
1898	55	8	15	17	31
1899	55	6	11	15	27

Jedenfalls steht heute nach den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik fest, daß eine Beitragserhöhung keinen oder doch nur einen vorübergehenden Verlust an Mitgliedern bringt. Es seien zum Beweis nur einige der Organisationen, welche in den letzten Jahren ihre Beiträge erhöhten, in ihrer Entwicklung dargestellt.

Name der Organisation	1895		1899		Zunahme gegenüber 1895	
	Mitgliederzahl	Beitrag	Mitgliederzahl	Beitrag	absolut	in Prozent
Bauarbeiter . . .	10	1750	15	11149	9899	537,08
Brauer . . . . .	18	6018	25	8681	2663	44,25
Buchbinder . . .	25	3871	35	7631	3760	97,13
Fabrikarbeiter . .	10	6737	15	22592	15855	235,33
Glasr . . . . .	15	1250	20	2300	1050	84,00
Holzarbeiter . . .	15	29992	20	62570	32578	108,62
Konditoren . . . .	15	330	30	661	331	100,30
Lederarbeiter . . .	20	3144	25	5369	2225	70,77
Sithographen und Steindrucker . .	20	4024	40	4621	597	14,83
Metallarbeiter . .	20	33297	30	85013	51716	155,31
Schmiede . . . . .	15	1350	25	3350	2000	143,15
Schneider . . . . .	15	8000	20	12173	4173	52,16
Schuhmacher . . .	15	9056	20	16922	7866	86,96

Nach dieser Wirkung der Beitragserhöhung dürfte wohl auch in den Organisationen mit ungenügenden Beiträgen Neigung zu deren Erhöhung sich einstellen.

Die Aufgaben, welche die Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten zu erfüllen haben, erfordern es, daß sich die Arbeiterschaft die Verpflichtung auferlegt, im allgemeinen Interesse größere Opfer an Beitragsleistung auf sich zu nehmen. An den Ausgaben, welche die Gewerkschaften im Einzelnen machen, zeigt sich ihr segensreiches Wirken. Im Jahre 1899 verausgabten für:

	Organi- sationen	Mk.
Verbandsorgan . . . . .	55	603 559
Agitation . . . . .	55	201 020
Streiks im Beruf . . . . .	41	1 083 140
Streiks in anderen Berufen . . . . .	51	188 778
Rechtsschutz . . . . .	44	54 752
Gemahregeltenunterstützung . . . . .	29	55 435
Reiseunterstützung . . . . .	35	304 391
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	20	304 677
Krankenunterstützung . . . . .	15	652 825
Invalidenunterstützung . . . . .	4	91 524
Sonstige Unterstützung . . . . .	32	131 484
Stellenvermittlung . . . . .	6	2 958
Bibliotheken . . . . .	10	4 390
Sonstige Zwecke . . . . .	45	147 488
Konferenzen und Generalversammlungen . . . . .	46	102 187
Beitrag an die Generalkommission . . . . .	51	56 029
Prozesskosten . . . . .	13	3 245
Gehälter . . . . .	51	152 419
Verwaltungsmaterial . . . . .	52	182 559

Den Zweigvereinen verblieben in 45 Organisationen 1307 698 Mk.

In den Jahren 1891 bis 1899 wurden von den Gewerkschaften insgesamt folgende Ausgaben gemacht: Rechtsschutz 208 489 Mk., Gemahregeltenunterstützung 498 691 Mk., Reiseunterstützung 2 695 445 Mk., Arbeitslosenunterstützung 2 162 563 Mk., Krankenunterstützung 3 213 242 Mk., Invalidenunterstützung 319 118 Mk., sonstige Unter-

stützungen 479 516 Mk., zusammen für Unterstützung 9 577 064 Mk. Für das Verbandsorgan wurden 3 196 477 Mk. verausgabte, insgesamt also für Unterstützungs- und Bildungszwecke 12 773 541 Mk. Dem gegenüber steht eine aus den Verbandskassen für Streiks gemachte Ausgabe von 6 611 995 Mk. Die tatsächliche Ausgabe für Streiks stellte sich in diesem Zeitraum bedeutend höher, nämlich auf 11 Millionen Mark, jedoch kam aus den Verbandskassen nur die genannte Summe von 6 1/2 Millionen Mark.

Es soll mit dieser Gegenüberstellung nicht etwa versucht werden, zu beweisen, daß die Gewerkschaften nur Unterstützungsvereine seien und nicht zum wirksamsten Mittel im Gewerkschaftskampf, zum Streit, greifen. Im Gegenteil. Der Streit ist zwar nicht ein absolut notwendiges Mittel, das angewandt werden muß, um den Zweck, welchen die Gewerkschaft verfolgt, zu erreichen, denn dieser Zweck kann bei starken Gewerkschaften auch durch Verhandlung erreicht werden; aber die hohen Ausgaben, welche einzelne Gewerkschaften für die Streiks gemacht haben, beweisen, daß in diesen Organisationen der von den Gewerkschaften verfolgte Zweck unter allen Umständen und wenn die anderen Mittel versagen, durch die Arbeitseinstellung erreicht werden soll. Es liegt uns nichts ferner, als diesen Zustand nicht als richtig anzuerkennen. Was wir beabsichtigen, ist, den Nachweis zu führen, daß den Gewerkschaften neben der Führung des Lohnkampfes noch die Erfüllung von Aufgaben zufällt, wie sie keine andere Institution, welchen Namen sie auch tragen mag, erfüllt und erfüllen kann.

Um so verwerflicher ist die Heße, welche fortgesetzt von dem reaktionären Unternehmertum und der in seinem Dienste stehenden Presse betrieben wird. Besonders wird da alljährlich der Versuch gemacht, aus den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik nachzuweisen, daß ein großer Teil der Einnahmen von den „Agitatoren verschluckt“ würde. Es ist nun in der diesjährigen Statistik auch eine Zusammenstellung über die Zahl der in den Gewerkschaftsvorständen angestellten Beamten gemacht worden. Aus derselben ergibt sich, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zu der zu bewältigenden Arbeit sehr gering und die Befolbung nichts weniger als glänzend ist.

In 8 Organisationen erhalten die Beamten überhaupt keine fest bestimmte Entschädigung, in 9 Organisationen eine solche, die sie zwingt, die Organisationsarbeiten in den Feierstunden oder Nachts zu machen. In 5 weiteren Organisationen sind Beamten, welche wichtige Funktionen zu erfüllen haben, nur minimale Entschädigungen zugestimmt, wenn neben ihnen ein vollbesoldeter Beamter vorhanden ist. Alle diese Beamten opfern im Dienste und zur Wohlfahrt ihrer Kollegen und Kolleginnen die wenigen Feierstunden, die ihnen zur Erholung dienen sollten, oder rauben sich während der Nachtstunden den Schlaf, sich so im Dienste der Organisation aufreibend und frühzeitig die körperliche Widerstandskraft einbüßend.

Von den vollbesoldeten Beamten erhalten nur 14 ein Jahresgehalt von 2000 Mk. oder mehr. Viele müssen sich mit einem solchen von 1200 Mk. bis 1500 Mk. begnügen. Den staatlichen und kommunalen Beamten, welche ähnliche Verwaltungsarbeiten wie die Beamten der Gewerkschaften zu machen haben, werden ganz andere Gehälter geboten. Zweifelloß aber ist, daß die Letzteren durch ihre Tätigkeit für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse viel mehr für den Fortschritt der Kultur leisten, als alle Diejenigen, die sich als Träger der Kultur bezeichnen und, ausgerüstet mit Orden und Ehrenzeichen, bei Fest- und Gelegenheitsessen nicht genug ihre und ihrer Klassengenossen Leistungen für die Uebertragung deutscher Kultur — ins Ausland zu loben wissen.

Die Gewerkschaften selbst erweisen sich als im Dienste der Kultur wirkende Institutionen und müssen Alle, welche den Fortschritt wünschen, über die

günstige Entwicklung, welche die Organisationen aufweisen, erfreut sein. In der Arbeiterklasse wird es liegen, ihre selbstgeschaffenen Institutionen für weitere Kämpfe zu stärken und zu rüsten. Es muß Alles daran gesetzt werden, die noch fernstehenden Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranzuziehen, um dem vaterlandstosen Proleten eine achtunggebietende Macht entgegenzustellen und dem Schindler spielen mit der Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten.

C. Legien.

### Kartell und Arbeiterorganisation.

Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da die individualistische Produktionsweise zusammenbrechen will. Wenn sie bis jetzt alles beherrscht hat, so zeigt es sich nun, daß sie nicht mehr fähig ist, das durch sie Eroberte zusammen zu halten. Der Zeitpunkt ist gekommen, von dem Marx sagte, daß die Produktionsmittel sich weit hinaus entwickelten über die Produktionsformen. Entsprechend dem Stande der menschlichen Kultur und der Kulturbedürfnisse sind die Maschinen immer mehr vervollkommen worden und ein ungeheures Arbeiterheer wendet sie an. Nicht weiter entwickelt hat sich die Produktionsform. Sie ist die gleiche geblieben und einer der Allgemeinheit segensreichen Anwendung des Produktionsinstruments steht als eisernes Hindernis im Wege, daß sie das Privateigentum einer kleinen Minderheit sind, die sie als Waffe zur Ausbeutung und Unterdrückung der Gesamtheit benützt. Nun aber ist die Minderheit nicht länger fähig, die Produktionsmittel in ihren Händen zu behalten. Wie die Natur in einem kranken Körper ein Glied um das andere zerstört, so zerstören die kapitalistischen Produktionsmittel in der gegenwärtigen Zeit langsam die Grundlagen, auf denen sie beruhen.

Es ist zwar der kapitalistischen Gesellschaft das Ende ihrer Produktionsweise schon seit fünf Jahren, seit der Zeit des Beginns dieser neuesten Prosperitätsperiode gefunden worden und da den Voraussagungen die baldige Erfüllung versagt blieb, gewöhnten sich die Kapitalisten daran, die „Prophezen“ mit Jahn und Spott abzutun. Zu sagen, daß diese Produktionsweise plötzlich und allgemein zusammenbrechen werde, ist auch zweifellos unrichtig. Das kapitalistische System ist im Laufe seiner Entwicklung zu weitverzweigt geworden, um plötzlich zu stürzen. Aber es bröckelt ein Teil nach dem anderen ab und das Zerbröckelte läßt sich nicht wieder aufrichten. Langsam wandelt es sich zu einer neuen Produktionsform.

Der europäische Kapitalismus ist gegenwärtig von einer bebenden Angst erfaßt und es mehren sich die Stimmen, die offen zugeben, daß das Ende der Prosperitätsperiode da sei. Die Börsenblätter jammern über das Sinken der Kurse und das Schwinden des Vertrauens, die Handelskammern warnen vor der Anlage neuer Fabriken und die Geldbesitzer suchen ihre Papiere, soweit es Industripapiere sind, so rasch und mit so wenig Verlusten als möglich los zu werden. Die deutschen Spinner haben in Leipzig weitgehende Betriebs-einschränkungen beschlossen, um mit den riesigen Lagerbeständen zu räumen, damit wenigstens das in diesen stehende Geld nicht verloren ist; die Webereien entlassen ihre Arbeiter, die Eisenindustrie leidet unter einem sich ständig vergrößernden Mangel an Aufträgen. Eben noch die Jubelhymnen auf die Prosperität und jetzt bereits der wirtschaftliche Niedergang. Und auf den Trümmern der kurzlebenden Herrlichkeit tanzt als Harlekin der Chinese, dem man „Kultur bringen“ wollte — Ausbeutungskultur! — und der, während man ihn auf dem Schlachtfeld blutig niederzwängt, seinen Besiegern dafür wirtschaftlich weit fürchterlichere Schläge versetzt, als ein verlорener Krieg bedeutet.

Der Bankrott der individualistischen Produktionsweise würde heute bereits offenkundig sein, wenn nicht die Eigner der Produktionsmittel ihn künstlich aufgehalten hätten durch das wirtschaftliche Machtmittel der Syndikate und Kartelle. Aus den beachtenswerten Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens, die sich uns gerade in der gegenwärtigen Zeit in Fülle aufrängen, müßten wir diese Frage herausgreifen, weil sie für die Arbeiter aller Berufe außerordentlich beachtenswert ist.

Un sich sind die Kartelle und Syndikate bereits eine Konzeption an die gemeinschaftliche Produktionsweise der Zukunft. Indem das Unternehmertum sich deren einfachsten Grundsatz zu Nutze macht, vermag es

sich noch eine Weile zu erhalten. Das Syndikat ist nichts anderes als die Beiseiteschiebung des eigenen schrankenlosen Willens des Einzelunternehmers, der selbstherrlich bestimmt, wie viel und unter welchen Umständen er produziert. Es setzt an Stelle dessen den gesellschaftlichen Vertrag einer Vielzahl von Unternehmern, die gemeinschaftlich Produktion und Preisbildung bestimmen und, indem sie so die kapitalistische Konkurrenz ausschalten, jedem Syndikatsmitglied einen Profit garantieren.

Nach die genossenschaftliche Produktion der Zukunft will die Regelung derselben nach den tatsächlichen, statistisch festgestellten Bedürfnissen des Marktes; doch will sie sie im Interesse der Allgemeinheit, während das moderne Unternehmer-Syndikat die Produktion unter seinen Mitgliedern regelt, um desto sicherer die Gesamtheit der Konsumenten schröpfen und den Preis diktieren zu können.

Die Syndikalisierung und Kartellierung des Unternehmertums hat in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Wirksamkeit der Kartelle ist heute zweifellos ganz bedeutend. Es bestanden in Deutschland an Kartellen 1887: 70; 1888: 75; 1889: 106; 1890: 117; 1897: 345. Schon daraus erkennt man die Machtsteigerung des kartellierten Unternehmertums. Sie springt noch mehr in die Augen, wenn wir die einzelnen Industriezweige durchgehen. In diesen stellte Robert Riefmann nach einer von ihm vorgenommenen privaten aber zuverlässigen Statistik für das Jahr 1897 folgende Kartelle oder Syndikate fest: In der chemischen Industrie und Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle u. s. w. 82, in der Eisenindustrie 80, in der Industrie der Steine und Erden 59, in der Textilindustrie 38, in der Papierindustrie 19, in der Holzindustrie 18, in der Kohlenindustrie 17, in der metallurgischen Industrie (außer Eisen) 15, in der Nahrungsmittelindustrie 12, in der Lederindustrie 5. Außer diesen aufgeführten Kartellen aber gab es 1897 noch 41 internationale Kartelle, an denen deutsche Unternehmer beteiligt waren. Seitdem hat sich die Zahl der Syndikate und Kartelle noch vermehrt; so hat namentlich das Handels-gewerbe die Gründung solcher Unternehmerorganisationen gesehen, die uns die notwendigsten Lebens- und Genussmittel verteuert haben.

Wie im Einzelnen die Kartelle wirken, haben wir an dem Kohlen- und Koalksyndikat in Essen gesehen. Es hält trotz aller stürmischen Entrüstung der Eisenindustrie den Preis der Kohle hoch und hat in einer Jahre langen systematischen Minderförderung die beklagte Kohlennoth, unter der heute auch die Arbeiterfamilien zu leiden haben, künstlich herangezogen. Dadurch ist den Kohlenbesitzern noch zu einer Zeit der ganze kapitalistische Profitsatz gesichert worden, als die Eisenindustrie längst über den Stillstand der Geschäfte klagte. Auch andere Unternehmer haben in Folge der Kartellierung die gleichen Profite eingescharrt.

Die Kartelle haben somit dem Unternehmertum ermöglicht, zwar nicht den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, wohl aber seinen Schäden, die den Einzelunternehmer sofort und wichtig getroffen haben würden, noch eine Zeit lang vorzubeugen. Dies ist nur möglich gewesen durch die Eindämmung des Individualismus im Wirtschaftsleben.

Das kapitalistische Kartell hat aber für die Arbeiter eine üble Folge gehabt. Da durch dasselbe für die Unternehmer die Absatzbedingungen die gleichen werden, sind sie auch bestrebt, die Produktionsbedingungen gleichwertig zu gestalten. Ein Sinken des Arbeitslohns bei einem kartellierten Unternehmer hat deshalb sofort eine Lohnreduktion in allen Kartellbetrieben zur Folge. Daraus ergibt sich für die Arbeiter die Misgunst: sie haben überall dem Unternehmerkartell das vereinigte Vorgehen der Arbeiter entgegen zu stellen.

Kartell gegen Kartell, Macht gegen Macht, Organisation gegen Organisation! Wenn die Unternehmer im Stande sind, mittels des Kartells mitten in dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückgang noch eine ganze Zeit lang die Preise zu halten, so sollten die Arbeiter durch die Macht ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des Verbandes, den Arbeitslohn so lange wie möglich zu halten oder, dem Stande des Unternehmerprofits entsprechend, zu steigern suchen. Dies ist um so mehr nötig in der gegenwärtigen Zeit. Läßt sich der Warenpreis nicht mehr auf der alten Höhe erhalten, so sucht das Unternehmertum zunächst seine Profitrate zu sichern durch den Druck auf den Arbeitslohn. Nur die Organisation kann hiergegen den Arbeiter schützen. Das kartellierte Unternehmertum,

welches den Segen der Prosperitätsperiode bis zur Neige geschlürft hat, mag nun auch die Folgen der Profitmacherei auf die Schultern nehmen. Die deutsche Arbeiterklasse ist es müde, bei gutem Geschäftsgang Ueberzeitarbeit und gesteigertes Risiko auf sich zu nehmen und die Verschlechterungen der Konjunktur mit sinkenden Löhnen und miserablen Arbeitsbedingungen die Sünden der Unternehmer zu bezahlen.

X. Y. Z.

**Der schwedische Buchbinderverband.**

Dem Jahresbericht des Verbandsvorstandes entnehmen wir nach dem „Bokbinderi-Arbetoror“ Folgendes:

Das vergangene Jahr ist für den Verband reich an wichtigen Ereignissen gewesen. Große und bedeutende Reformen sind durchgeführt worden in vielen Mitgliedschaften und man kann sagen, daß es in Allem ein Jahr des Fortschritts gewesen ist.

Lohnbewegungen haben stattgefunden: in Helsingborg, Lund, Gesele und Stockholm. In Lund und Gesele glückte es den Mitgliedschaften, ihre Forderungen ohne Kampf bewilligt zu erhalten. So leicht ging das in Helsingborg nicht; hier mußte zum Streik gegriffen werden, der jedoch schon nach fünf Tagen zum Siege führte. In Stockholm mußte die Mitgliedschaft 3 1/2 Wochen streiken, ehe sie ihr Ziel erreichte. — In Göttingen haben die Meister, nachdem eine Lohnbewegung geplant war, gutwillig die Löhne um 10—25 Prozent erhöht. Im Laufe des Jahres sind neue Mitgliedschaften in Hedemora, Drebo und Lintöping gebildet worden.

Den 30. Juni 1899 hatte der Verband 15 Mitgliedschaften mit 810 Mitgliedern, davon 510 in Stockholm und 300 in Landstädten.

Den 30. Juni 1900: 18 Mitgliedschaften mit 1122 Mitgliedern, davon 742 in Stockholm und 381 in Landstädten. Die Zunahme beträgt demnach 312 Mitglieder, 231 in Stockholm und 81 in Landstädten.

Man sieht, daß unsere Kollegen in dem kleinen Schweden mit nur 5 Millionen Einwohnern und einer vorwiegend ländlichen Bevölkerung es in mancher Hinsicht weiter gebracht haben wie wir. In kleinen Städten von kaum 20 000 Einwohnern haben sie Mitgliedschaften gebildet, die fast alle Berufsgenossen des Ortes umfassen und haben dort bereits erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt.

**Berichte über Lohnbewegungen.**

**Zuzug fernhalten! Nach Erfurt, Pforzheim, Straßburg und Dortmund.**

**In Mannheim ist über die Kartonnagenfabrik von Hirschland die Sperre verhängt.**

**Berlin.** Am 13. September tagte im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Ausgesperrten, als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung „Stand der Aussperrung“. Kollege Bytomski hielt das einleitende Referat.

Nachdem der Redner einen Rückblick über die Lohnbewegung und das brutale Vorgehen der Unternehmer gegeben hat, schildert derselbe, unter welchen verzweifeltsten Verhältnissen die Fabrikanten versuchen, die Arbeit fertig zu stellen. In verschiedenen Geschäften werden sogar Dienstmädchen als Fabrikarbeiterinnen beschäftigt, bei Bleistift werden die notwendigsten Arbeiten durch die Hausdiener hergestellt, wie die Arbeit ausfällt, und daß sich Niemand eine derartige Arbeit auf die Dauer gefallen läßt, kann man sich denken.

Was bei dieser Lohnbewegung am empörendsten ist, ist die Haltung der Polizeivorgane. Nach der Meinung jedes rechtlich Denkenden habe doch der Staat die Pflicht, den Schwächeren vor dem Stärkeren zu schützen, die Praxis der Polizei scheint aber gegenteiliger Ansicht zu sein. Nach § 152 der Gewerbeordnung hat jeder deutsche Arbeiter das Recht, sich zu organisieren, und wenn wir streiken, befinden wir uns nur in Ausübung unseres guten Rechtes. Aber in diesem Falle liegt die Sache noch ganz anders, wir sind provoziert, wir haben die Arbeit nicht niedergelegt, sondern die Unternehmer haben uns ausgesperrt, und jetzt verlangen sie noch den Schutz der Polizei. Aber wir sind nicht gelassen, uns eine derartige Behandlung gefallen zu lassen. Sobald wieder Kollegen, die weiter nichts thun, als auf der Straße spazieren gehen, arretiert werden, so werden wir beim Polizeipräsidium vorstellig.

Aus allem geht aber klar hervor, daß den Unternehmern das Wasser bis an die Kehle stehe. Ein Prinzipal hat uns schon gesagt, daß er gern bewilligen würde, wenn er nur sein Ehrenwort nicht verpändet hätte.

Wenn der Zusammenhalt so bleibt wie bisher, so werden wir es noch wochenlang aushalten.

Die Unterstützung ist vorläufig festgesetzt auf 7,50 Mt. für Arbeiterinnen, 10,50 Mt. für ledige und 13,50 Mt. für verheiratete Kollegen, und für jedes Kind 1 Mt. Wenn nächste Woche die Zahl der Unterstützung sich nicht bedeutend erhöht, so wird die Unterstützung noch erhöht. Wenn der Kampf bis zum 1. Oktober dauert, wird noch eine Mietpentschädigung gewährt. Die Kontrolle über die Wertstaben liegt in den Händen des Kollegen Krause, derselbe ist täglich im Bureau zu treffen. Bei Arretierungen und Ausschreitungen ist es dringend notwendig, sich mit den Zeugen eben dort zu melden. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Brückner, Köppler, Hinz, Bergmann, Jensen, Konrad, Wolf, Goffe, Weit, Millowiz, Böcker, Putterlin, Schumacher, Siebert. Fast sämtliche Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und bringen zahlreiche Fälle von Verstößen seitens der Polizei zur Sprache, von denen einige kaum glaublich erscheinen. So wurde dem Kollegen Hinz von einem Schutzmann eröffnet, daß es nicht gestattet sei, zu Dritt vor einer der gesperrten Werkstätten stehen zu bleiben. Es werden Uebergriffe der Polizei zur Sprache gebracht, die in voriger Nummer der Zeitung enthalten sind. Wie weit die Uebergriffe der Polizei gehen, zeigte sich auch, indem sich in die Versammlung zwei verkappte Polizisten eingeschlichen hatten, glücklicherweise wurde die Sache bekannt, und mußten diese zweifelhaften Subjekte unter einem Entzerrungssturm der Versammlung den Saal verlassen.

Kollege Jensen, welcher 11 Jahre in Norwegen beschäftigt war, giebt seitens der dortigen Kollegen die Erklärung ab, daß sich dieselben mit uns solidarisch fühlen und uns in dem bevorstehenden Kampfe auch materiell unterstützen werden.

Kollege Böcker bekundet, daß gestern eine Sitzung des Gesellenausschusses mit der Innung stattgefunden habe und daß dasselbst die Prinzipale den Beihilfen in anfänglicher Weise entgegengekommen sind, wie auf der Leipziger Konferenz. Die Zugeständnisse, welche die Innungsmittglieder gemacht haben, seien zwar unannehmbar, doch sei es nicht unmöglich, daß man vermittelnd der Innung Verhandlungen mit der anderen Unternehmervereinigung anbahnen könne. An die Ausführungen des Kollegen Jensen bemerkt Redner, daß die nordischen Kollegen im Verhältnis zum Alter ihrer Organisation schon viel besser organisiert sind, wie wir, er macht es einem jeden Kollegen zur Pflicht, auch nach Beendigung der gegenwärtigen Bewegung unablässig für den Verband zu arbeiten.

Zum Schluß wird folgende Resolution angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der in Buchbindereien ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen protestiert ganz entschieden gegen die Maßnahmen der Polizei. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, das Material zusammenzustellen, und dasselbe der Öffentlichkeit zu unterbreiten und auch den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstag zuzustellen. Die Versammlung ist trotz aller Machinationen fest entschlossen, an ihren gerechten Forderungen festzuhalten, und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis unsere Forderungen voll und ganz bewilligt sind.“ Nachdem Kollege Brückner noch bekannt gemacht, daß bei zukünftigen Versammlungen der Zutritt nur gegen Vorzeigen der Streikkarten gestattet ist und zum zahlreichen Besuch des Bergnützens am nächsten Sonnabend aufgefordert hat, folgt der Schluß der impopulanten Versammlung.

**Berlin.** Eine zweite öffentliche Versammlung mit dem Thema „Antwort der Fabrikanten auf unsere gestellten Forderungen“, in welcher H. Bergmann referierte, fand am 17. September bei Stechert, Andreasstraße 17, statt. Der Referent erinnert zunächst daran, daß am 10. September unsere Forderungen in den Händen der Prinzipale waren, und die ihnen gestellte Frist mit dem 15. September abgelaufen sei. Von diesen Forderungen habe die Lohnkommission einige Abstriche gemacht und erfuhr er die Versammlung um Umänderung dieser Beschlässe. Zunächst ist nach reichlicher Ueberlegung die Freigabe des 1. Mai zurückgestellt worden. Weiter ist der Zuschlag für Personen, welche von dem Tarif nicht betroffen werden, von 10 Prozent auf 5 Prozent reduziert worden, da die Kommission auf hartnäckigen Widerstand seitens der Prinzipale gestoßen ist. Zum Schluß folgt das Verzeichnis derjenigen Firmen, die bewilligt haben. Diese sind: Buchdruckerei „Wilhelma“, Karl Waldburg, „Deutsche Worte“, Linke, Sebastianstr. 19, Meyer, Engelmann (Kontobücher), Stolz, Franz (Kontobücher), Billig Nachf., Hensch & Bornbeck, Otto Vogel,

Maurer & Dimmick, Gelbricht & Komp., W. Ludwig, Janigewsky, Harwitz Nachf., Haasenhein & Vogler, Ullstein & Komp., E. Raud, Hurlin, Hafertorn, Breuß, Bucherpfennig, Behrend, Albrecht, Went, Linz, Elsner, Bühlendorf, Heinrich Jordan, Walter, Jacoby & Komp., H. S. Herrmann theilt mit, daß 10 Prozent Zuschlag auf die Affordabohne bewilligt sind, W. Babing (mit Vorbehalt). Lübertz & Bauer theilen mit, daß Antwort durch den Verband der Buchbinderbesitzer erfolgt. Da das Tarifamt der Buchdrucker in Leipzig versucht, eine Einigung der streitenden Parteien zu erzielen, so sind die Kollegen Krause, Engel, Bergmann als Vertreter nach Leipzig delegiert worden. Von über 860 Ausgesperrten in Berlin haben sich bis jetzt keine 20 als Streikbrecher gefunden, ein Zeichen, daß unsere Lage eine äußerst günstige ist. Zu bemerken ist, daß in den Betrieben von Metzschke und Schöpf Personen unter 16 Jahren über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden, und ist es daher wünschenswert, daß die Polizei diese Betriebe einmal gründlich kontrollieren würde. An die ausgesperrten Arbeiter einer hiesigen Firma sind Karten gelangt worden, wonach der Meister tarif in allen seinen Theilen angenommen ist und dem Wiedereintritt der Arbeiter am Montag nichts weiter im Wege steht. Die Ausgesperrten werden auf diesen Keim nicht geben. Aus zuverlässiger Quelle ist uns bekannt geworden, daß der Verein Berliner Buchbinderbesitzer sich an das Kriegsministerium gewandt habe mit der Bitte um Zulassung von Soldaten zu Streikarbeiten. Genannter Verein hat auch an das Polizeipräsidium das Ersuchen gerichtet, alle Posten vor den Firmen, die ausgesperrt haben, Kriminalschutzleute zu verwenden. In beiden Fällen ist der Verein abschlägig beschieden worden. Nun verliert Redner einen Artikel aus der „Nationalzeitung“, welcher die Aussperrung der Buchbinder als einen Streik darstellt und im Weiteren von Unwahrheiten frohlt. Abgebrucker Lohnzettel bei normaler Arbeitszeit soll den Streik als vollkommen ungerechtfertigt erscheinen lassen. Es verdienen darnach: Presser 50 bis 65 M., Schnittmacher 45 M., Beschneider 56 M., Vorrichter 38 bis 39 M., Marmorierer 45 M., Hefstimmer 28 M., Falzrinnen 18 bis 25 M. Vorstehende Löhne sollen in einer hiesigen Großbuchbinderei erzielt worden sein. Es ist zu verwundern, daß die Herren Prinzipale sich weigern, unsere weit niedrigeren Forderungen zu acceptieren! Diesen Artikel gegenüber steht ein anderer eines österrreichischen Arbeiterblattes, welches eine Schilderung der Buchbinderaussperrung in Deutschland bringt und sich gleichzeitig mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt und zur Unterstützung derselben auffordert. Auch der Zugang nach Deutschland soll eingeschränkt werden, desgleichen sei die Verweigerung deutscher Arbeit während der Dauer des Ausstandes in Deutschland selbstverständlich. Zum Schluß richtet Bergmann an die Arbeiter aller Betriebe, welche bis jetzt keine Antwort ertheilt haben, das Ersuchen, am Dienstag Vormittag nochmals vorstellig zu werden, um ein endgiltiges Resultat zu erzielen und darnach handeln zu können. Das bisher in fünf Buchbindervereinen fertig gestellte Kurzbuch, das in diesen Tagen erscheint und in Betrieben hergestellt wurde, die ihr Personal ausgesperrt haben, ist als Streikarbeit zu betrachten und als solche zu verweigern. Ein Antrag der Lohnkommission geht dahin, alle zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen und Kolleginnen müssen mindestens 50 Pf. resp. 25 Pf. auf die Listen zeichnen.

In der folgenden Diskussion betont Brückner, daß die Buchbinderbesitzer, um Stimmung gegen die Arbeiter zu machen, unwahre Berichte in bürgerliche Blätter hineinlangieren. Wenn die Arbeiter so glänzend gestellt sind, wie dargestellt wird, ist es nur zu verwundern, daß kleine Meister nicht selber die Schürze umbinden, um den glänzenden Lohn eines Gehilfen zu erzielen. Auf die Einigungsbestrebungen des Tarifamtes der Buchdrucker sind keine so großen Hoffnungen zu setzen, da die Unterhandlungen noch in letzter Stunde scheitern können.

Kollege Dempf ist enttäuscht über den Verlauf der Buchbinderbewegung. Er hat einen Generalstreik erwartet, welcher uns in kurzer Zeit zum Ziele geführt hätte. Vor allen Dingen ist die Vermittlung der Buchdrucker abzulehnen, die uns zwanzig Jahre lang über die Achseln angesehen haben. Er bedauert die abgelehnte Forderung „Freigabe des 1. Mai“. Auch gegen die Festlegung des Tarifs auf bestimmte Zeit erklärt sich der Redner. Mögen die Buchdrucker für sich allein bleiben, wir werden uns schon allein durchfinden.\*

Schell ersucht, energisch die gestellten Forderungen zu vertreten. Kollege Baer widerspricht der Ansicht Dempf's, auf die Einigungsbestrebungen der Buchdrucker nicht einzugehen. Da unsere Sache sehr günstig steht, ist ein Abweichen von unseren Forderungen gar nicht nöthig und haben alle Arbeiter Sorge zu tragen, daß diese Forderungen auch in allen Werkstuben durchgedrückt werden. Kollege Jost erklärt, daß die Forderung des 1. Mai fallen gelassen wurde, um den Kampf nicht unnützig zu verschleppen. In denjenigen Betrieben, die ihre Entscheidung noch nicht getroffen haben, sei morgen vorzugehen und sofort Nachricht unserem Bureau im Gewerkschaftshaus zukommen zu lassen. Bergmann konstatiert, daß, falls wir vor drei Wochen in den Streik eingetreten wären, laut Versicherung der Vertrauenspersonen die Konjunktur eine sehr ungünstige gewesen wäre. Die Arbeitgeber haben geglaubt, daß unmittelbar nach Ablauf des Tarifs in den Streik eingetreten werden würde und sperrten nun die Arbeiter aus, in der Hoffnung, daß sie nach drei Wochen bedingungslos zu Kreuzen kriechen würden. Sie hatten sich aber verrechnet. Nachfolgende Resolution wurde im ersten Theile (Herabsetzung des Prozentzuschlags von 10 Prozent auf 5 Prozent) gegen eine starke Minorität, im zweiten Theile (Freigabe des 1. Mai) einstimmig angenommen:

„Durch das Stillschweigen der Fabrikanten unseren Forderungen gegenüber ist zu erkennen, daß die Herren nicht bewilligen wollen. Die Vertrauensleute der einzelnen Werkstuben werden beauftragt, im Namen ihrer in der Werkstube beschäftigten Kollegen und Kolleginnen Dienstag früh eine bindende Erklärung ihrer Arbeitgeber zu verlangen. Um der Durchführung der Forderungen keine Schwierigkeiten zu bereiten, erklären sich die Anwesenden mit der Zurückziehung der Forderung: Freigabe des 1. Mai, sowie Reduzierung des Zuschlags von 10 Prozent auf 5 Prozent für diejenigen, die schon den Minimallohn erhalten, einverstanden. Erfolgt die Anerkennung der so reduzierten Forderungen nicht, so verpflichten sich die Anwesenden, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Forderungen anerkannt sind.“

Herrscher, Eisenarbeiter, giebt bekannt, daß die gestellten Forderungen dieser Branche in fünf kleineren Betrieben bewilligt worden sind. Die Großbetriebe haben sie abgelehnt und hat ein Arbeitgeber 500 M. Konventionalsstrafe zu zahlen, der einen Streikenden niemals wieder beschäftigt. Trotzdem wird Dienstag der Streik angenommen werden.

Der oben erwähnte Antrag der Lohnkommission gelangt einstimmig zur Annahme. Kollege Keller stellt fest, daß zwei ungelernete Arbeiter (Verband der Handelshilfsarbeiter) bei Rämmerer angefangen, wieder aufgeführt haben und auf Ersuchen des Herrn Rämmerer dort weiter arbeiteten, aber sich auf Ehrenwort verpflichteten, keine Buchbinderarbeit zu machen. Leider sind einige Arbeiter wieder zu Rämmerer hingelaufen, um vielleicht später vom Fabrikanten den ihnen gebührenden Fußtritt zu erhalten. Zum Schluß ermahnt Brückner, fest an den gefassten Beschlüssen zu halten, damit der Sieg unser werde. M. Kettenbach.

**Berlin.** Am 19. September, Vormittags 9 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Versammlung der ausgesperrten und ausständigen Kollegen und Kolleginnen statt. Kollege Brückner gab den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Darnach haben bis jetzt 51 Firmen mit 250 männlichen und 610 weiblichen Arbeitern die Forderungen bewilligt. Die Zahl der Ausständigen wird auf 1250 angegeben. Es haben sich bis jetzt nur wenige Arbeitswillige gefunden. Welche Mühe die Unternehmer sich geben, um solche heranzuziehen, sagt der Redner, sehe man daraus, daß man fünf arbeitswillige Kollegen aus Bayern verschrieben habe; diese hätten aber, sobald sie von der hiesigen Lohnbewegung unterrichtet worden seien, die Arbeit sofort wieder niedergelegt. — In den bürgerlichen Zeitungen, sagt der Redner weiter, würde heute geschrieben, daß auf der Konferenz in Leipzig eine völlige Einigung erzielt worden sei. Das sei jedoch nicht der Fall und müsse man erst nähere Nachrichten abwarten.

Inzwischen sind die Vertreter von der Leipziger Konferenz eingetroffen und Bergmann giebt bekannt, daß die Verhandlungen mit den Prinzipalen für Berlin als gescheitert zu betrachten sind. Wohl seien für Leipzig

das Bestimmungsrecht eintreten und sich als Unorganisirter nicht in die Angelegenheiten des Verbandes einmischen. Mit der Ansicht, daß unter allen Umständen ein Generalstreik zu provozieren sei, wird öffentlich D. in Berlin allein dastehen, desgleichen mit seinen Ausführungen über die Buchdrucker und den Bemühungen des Tarifamtes derselben.

und Stuttgart Abmachungen getroffen worden, diese seien jedoch für die Berliner unannehmbar. Er ersucht die Versammelten, die Arbeit trotz der seitens der Prinzipale an sie gelangenden Aufforderung nicht aufzunehmen und die Beschlüsse der Donnerstag Abend stattfindenden öffentlichen Versammlung abzuwarten. Die sehr lebhaft Diskussion ergibt, daß die Versammlung mit dem Vorschlag einverstanden ist und es wird dementsprechend beschlossen. B. Scker.

**Berlin.** Am Sonntag den 22. September Vormittags 10 1/2 Uhr fand eine große Versammlung der Buchbinder statt und zwar mit folgender Tagesordnung: Die Antwort der Fabrikanten und wie stellen wir uns dazu? Bergmann nimmt dazu das Wort und theilt mit, daß, nachdem die Versammlung am Donnerstag bei Keller beschlossen hatte, die Arbeit unter den in Leipzig festgesetzten Bedingungen am Montag nicht aufzunehmen, sich die Lohnkommission veranlaßt sah, den Berliner Unternehmern nochmals etwas abgeänderte Forderungen zu unterbreiten und sich die Antwort bis Sonntag Vormittag erbat. Auf Grund dessen lief in letzter Stunde ein Bescheid der Prinzipale ein, in dem sie sich bereit erklärten, mit uns zu unterhandeln. Die Unterhandlungen fanden heute vor dieser Versammlung statt und kam folgende Einigung zwischen den Berliner Prinzipalen und der Lohnkommission zu Stande.

- Der Minimalstundelohn beträgt:
- a) Für Gehilfen im ersten Jahre nach beendetem Lehrzeit . . . . . 40 Pf.
  - Nach dieser Zeit . . . . . 45 Pf.
  - b) Für Spezialarbeiter (Presser, Beschneider, Marmorierer) . . . . . 48 Pf.
  - c) Für Presser an der Hühnerpresse:
    - In den ersten 6 Wochen . . . . . 52 Pf.
    - Nach dieser Zeit . . . . . 62 Pf.
  - d) Für geübte Arbeiterinnen (Falzrinnen u.) . . . . . 27 Pf.
  - e) Für ungeübte Arbeiterinnen (gleichviel ob Hand oder Maschine):
    - Im ersten halben Jahre . . . . . 17 Pf.
    - Im dritten Vierteljahr . . . . . 20 Pf.
    - Im vierten Vierteljahr . . . . . 22 Pf.
    - Nach dieser Zeit tritt der Minimallohn für geübte Arbeiterinnen ein.

- f) Für Arbeiterinnen an der Draht- u. Fadenschnittmaschine, sowie für Goldbaufrägerinnen 35 1/2 Pf.
  - g) Für Arbeiterinnen an der Falzmaschine, Universal-, sowie Aufschmiermaschine . . . . . 30 Pf.
- Alles Uebrige wie das Vorwort des von den Berliner Kollegen vorgelegten Minimaltarifs mit Ausschluß der Bezahlung der Feiertage.

- Für Ueberstunden:
- Für Arbeiter: Die ersten 2 Stunden . . . . . 15 Pf.
  - Die folgenden . . . . . 20 Pf.
  - Für Arbeiterinnen: Die ersten 2 Stunden . . . . . 8 Pf.
  - Die folgenden . . . . . 15 Pf.
- Außerdem eine allgemeine 5prozentige Lohnerhöhung. Wiedereinstellung aller Streikenden. Maßregelungen finden nicht statt.

Redner verliest darauf folgende Resolution: „Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung erklärt sich mit den heute abgeschlossenen Bedingungen einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.“ Vor Verlesen der Resolution befristet Referent die Einigungsbedingungen und ersucht die Kollegen und Kolleginnen, der Resolution zuzustimmen und einstimmig anzunehmen. In der Diskussion nehmen eine große Anzahl Kollegen das Wort und empfehlen die Annahme der Einigung. Dytowski erläutert die einzelnen Positionen und erklärt, daß die Affordarbeiter vorläufig bis 15. Oktober zu dem alten Tarif arbeiten sollen. Nachdem tritt unbedingte der neu ausgearbeitete Tarif in Kraft. Betreffs der Streikbrecher entspinnen sich sehr erregte Debatten und hatte es den Anschein, als ob die Einigungsbestrebungen in die Brüche gehen sollten. Erst nachdem seitens einiger Redner darauf hingewiesen wurde, daß die Streikbrecher wegen ungenügender Kenntniß der Arbeiten doch nach und nach aus den Werkstuben verschwinden würden, und als Herr Buchbinderbesitzer Wübben erklärte, es läge im Interesse der Unternehmer, nur tüchtige Arbeiter in den Betrieben zu beschäftigen, legte sich die Erregung. Einige Kolleginnen wollen erst den neu ausgearbeiteten Tarif sehen, da sie sich nicht allzu viel davon versprechen. Es wird ihnen entgegnet, daß für Berlin ein Mädchentarif ausgearbeitet wird und das größte Entgegenkommen versprochen. Frau Moeck befreitet, daß für die Arbeiterinnen ein Sieg errungen ist, und macht den Vorschlag, 10 Prozent auf den alten

\* Bei einem für die Organisation so wichtigem Entschluß sollte man doch wohl nur den Verbandsmitgliedern

Tarif aufzuschlagen oder, bis der neue Tarif herauskommt, auf unseren eingereichten Minimaltarif zu bestehen. Später will, daß am Montag Werkstubeinstellungen aller Werkstuben stattfinden und die Chefs, resp. deren Vertreter dazu eingeladen werden. Frau Frischke ermahnt die Kolleginnen, zusammenzuhalten, da nur durch Einigkeit etwas erreicht werden kann. Nachdem noch darauf hingewiesen wird, daß die Einigung nur bestehen kann, wenn alle Kollegen und Kolleginnen auf die ausgemachten Preise bestehen, wird die Resolution mit großer Mehrheit angenommen. In Folge dessen wird die Arbeit am Dienstag früh wieder aufgenommen. H. E.

**Berlin.** Am Montag den 17. ds. tagte in den „Arminhallen“ eine öffentliche Etuisarbeiterversammlung, in welcher Kollege Weinschild die Antwort der Fabrikanten mitteilte. Die Großbuchbindereibesitzer haben den kleinen Etuisfabrikanten ein Beispiel gegeben, welches durch die ablehnende Haltung dieser kleinen Kräfte der Forderungen (wenn man es so nennen darf) der Arbeiter gegenüber bewiesen wird. Sehr schnell haben sich diese Herren in einer Vereinigung zusammengeschlossen, aller Konkurrenzneid wurde vergessen, 500 Mk. Strafe Demjenigen, welcher einen auf der schwarzen Liste Stehenden einstellt. Wie es nun mit den schnell aufgewärmten Freundschaften einmal ist, erklarten dieselben recht bald wieder

In Folge des nicht erwarteten festen Zusammenhaltens der Gehilfen und der dadurch herbeigeführten öden Leere in den Werkstuben kommen nun verschiedene von den Unternehmern in eine sehr unangenehme Lage, daß sie es bedauern, dem Ring sich angeschlossen zu haben; gern wären sie bereit, nachzugeben, wenn sie nicht durch Beschluß der Vereinigung gebunden wären. Bezeichnend sind die Worte eines Berliner Juweliers, der, als er sich bei seinem Etuislieferanten nach den Forderungen der Arbeiter erkundigt hatte, die Antwort gab: „Diese Forderung bewilligt jeder anständige Unternehmer.“ Zu diesen rechneten sich aber nur fünf.

Vange hat es gebauert, ehe die Etuisarbeiter zu der Einsicht gekommen sind, daß sie einer guten Organisation zur Besserung ihrer Lage bedürfen. Zwanzig Jahre haben Einige unter diesen elenden Verhältnissen den Kapitalisten gefrohndet, ohne Murren haben sie sich bis aufs Mark ausaugen lassen, bis endlich am Arbeiterfeiertag die Worte „Organisiren wir uns!“ tiefe Wurzel schlugen. Vor zwanzig Jahren ist die Bewegung der Etuisarbeiter an der Uneinigkeit der Kollegen gescheitert, heute stehen die gesammten Etuisarbeiter Berlins zusammen, sie werden dafür sorgen, daß die Hoffnungen der Unternehmer zu Schanden werden.

Und nun, Ihr Etuisarbeiter, die Ihr einmütig die Arbeitsstätten verlassen habt, Ihr habt Eure Feuerwerke empfangen. Zeigt den Fabrikanten, daß Ihr gewillt seid, Eure Forderungen durchzubrüden. Möge der Geist, der Euch heute beseelt, auch ferner in Euch wohnen. C. Förster.

**Leipzig.** Am Sonnabend den 16. d. M. fand im Saale des Pantheon eine öffentliche Versammlung aller zu neuen Bedingungen in Buchbindereien z. schaffenden Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Nach Eröffnung der Versammlung und Konstituierung des Bureaus nimmt Kollege Brandmaier das Wort und fordert die Anwesenden in kurzer, kerniger Weise auf, ihre Solidarität gegenüber den Ausgesperrten und Ausständigen nicht nur durch schöne Worte, sondern auch durch weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung zu beweisen. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte über die zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen regelmäßig zu leistenden Beiträge. Es liegen dazu zwei Vorschläge vor:

1. 4 Mk. für Unverheiratete, 3 Mk. für Verheiratete, 1 Mk. für Arbeiterinnen,
- und 2. 3 Mk. für Unverheiratete, 2 Mk. für Verheiratete, 50 Pf. für Arbeiterinnen.

Der zweite Vorschlag gelangt zur Annahme, nachdem eine prozentual zum Verdienst zu berechnende Unterstützungsleistung nicht den Beifall der Versammlung gefunden hat.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung ergreift Kollege Galisch das Wort und theilt mit, daß als neues Symptom zu verzeichnen sei, daß jetzt auch die mittleren und kleineren Betriebe am Orte dem Beispiel der Kollegen der Großbuchbindereien folgen und führt als Exempel die Firma Thömsen an, wo ein Kollege nach 27jähriger Thätigkeit daselbst ebenfalls den Abschied nehmen mußte. Der Redner geißelt hierauf hauptsächlich das Ueberhandnehmen der Hausindustrie, das Falzen z., das jetzt von gewissenlosen Personen zum Schaden unserer ausgesperrten Ar-

beiterinnen betrieben wird. Ferner wird die in den Leipziger bürgerlichen Tagesblättern erschienene Lohnzusammenstellung hiesiger Kollegen, veranstaltet von Leipziger Buchbindereibesitzern, gehörend kritisiert. Nachdem noch die trassen Mißstände bei der Firma „Flügge“ beleuchtet sind, ermahnt Redner eindringlich, die Kollegen möchten sich nicht öffentlich zu abfälligen Bemerkungen über die an den Plakataulen befindlichen Veröffentlichungen der Herren Prinzipale hinweisen lassen, um den daselbst herumlungelnden Demunzianten Stoff zum Eingreifen zu geben. Nach nochmaligem Appell an die Anwesenden, fest und treu zur Sache der Ausgesperrten und Ausständigen zu halten, erfolgt Schluß der mäßig besuchten Versammlung. A. Bibel.

**Leipzig.** Montag den 17. September, Vormittags 10 Uhr, fand die zweite Heerschauversammlung der ausgesperrten bzw. ausständigen Kollegen und Kolleginnen statt. Kollege Schaible referirt über die bestehende Situation und bemerkt, daß der Stand, mit wenigen Abweichungen, derselbe sei, einige kleine Werkstuben sind hinzugekommen. Auch giebt er bekannt, daß das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker auf Dienstag den 18. September eine Einigungskonferenz nach Leipzig einberufen hätte, welche von Berlin, Stuttgart und Leipzig besetzt würde von je drei Gehilfen und drei Prinzipalvertretern.

In der Debatte sprachen sämtliche Redner ihre Entrüstung über die an Plakaten angeklebten Lohnlisten aus, indem nur die bestbezahlten Löhne angeführt seien, nicht aber die schlecht bezahlten Löhne.

Mit einem Appell zum festen Zusammenstehen und einem Hoch auf unsere Bewegung schließt auch diese imposant besuchte und verlaufene Versammlung.

Mittwoch den 19. September, Abends 7 Uhr, fand eine öffentliche Versammlung aller Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen statt mit der Tagesordnung: Bericht über die vom Buchdrucker-Tarifamt stattgefundenen Verhandlungen. Kollege Schaible berichtet über die Verhandlungen und meint, wenn auch etwas zurückgegangen werden mußte, so könnten wir uns mit dem Ergebnis wohl zufrieden erklären, anders die Berliner Kollegen. Dieselben hätten das, was sie für Mädchenlöhne gefordert, nicht erreicht und deshalb unbefriedigt Leipzig verlassen. Redner giebt sodann die Abmachungen näher bekannt. (Siehe Protokoll der Tarifverhandlungen.) Redner führt noch aus, daß auf Grund der festgelegten allgemeinen Bestimmungen es möglich sei, die Arbeit Montag wieder aufzunehmen, eigentlich hätte man auf Verlangen der Prinzipale schon Donnerstag die Arbeit aufnehmen sollen, der Termin sei aber auf Montag festgelegt, um es den drei theilnehmigen Städten zu ermöglichen, gleichzeitig die Arbeit aufzunehmen. An der Debatte theilnehmten sich die Kollegen Dietrich (Stuttgart), Galisch, Frisch, Wachner und Braun, welche sämtlich dafür eintreten, die gefassten Beschlüsse anzunehmen und dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, insbesondere Herrn Buchdruckerbesitzer Bürenstein für die unparteiische Leitung der Verhandlungen Anerkennung zu zollen. Hierauf erfolgt einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heute, am 19. September, stattfindende öffentliche Versammlung aller Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den stattgefundenen Verhandlungen einverstanden, sowie auch mit den festgelegten allgemeinen Bestimmungen. Sie erklärt einmütig, Montag früh, jedoch nicht eher, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch sei an dieser Stelle dem uneigennütigen Eingreifen des Buchdrucker-Tarifamtes, insbesondere für seine unparteiische Geschäftsführung bei den Verhandlungen, unser Dank ausgesprochen.“

Zu einer kurzen heftigen Debatte gab noch die Schreibweise der Leipziger „Neuesten Nachrichten“ Veranlassung. Die Versammlung beschließt einstimmig, zum Danke für die schmutzige Kampfesweise der Leipziger „Neuesten Nachrichten“ dafür zu sorgen, daß dieses Blatt aus dem Kreise der Kollegen verschwindet.

Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Organisation erreicht darauf die Versammlung ihr Ende.

**Leipzig.** Am Sonnabend den 22. September Abends 6 Uhr tagte abermals eine allgemeine öffentliche Versammlung aller Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen, mit der Tagesordnung: „Die Stellung unserer Berliner Kollegen und Kolleginnen zu den Beschlüssen der Einigungskonferenz und ihre Wirkung auf die Städte Leipzig und Stuttgart.“ 2. Gewerkschaftliches.

Kollege Frisch führt aus, daß wir schon am Mittwoch der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß die Berliner Kollegen bezüglich ihrer Mädchenlöhne die Konferenz unbefriedigt verlassen hätten. Trotzdem nun der Verbandsvorsitzende Dietrich selbst in Berlin die Konferenz-

beschlüsse empfahlen, wäre man nicht darauf eingegangen und hätte die Berliner Versammlung diese Abmachungen abgelehnt. Die Berliner Kollegen und Kolleginnen hätten ihren Prinzipale eine nochmalige Bedenkzeit bis Sonntag gegeben, an diesem Tage findet eine öffentliche Versammlung statt, welche endgültig beschließen soll. Nun sei dadurch für uns eine ganz veränderte Situation geschaffen, weil, wenn in Berlin am Montag die Arbeit nicht aufgenommen wird, die Leipziger Prinzipale zwar uns anfangen ließen, uns aber sofort wieder kündigen würden. Es sei klar, daß wenn unsere Prinzipale uns wieder kündigen müßten, es besser sei, wir treten das Arbeitsverhältnis gar nicht erst an.

Das Protokoll über die Verhandlungen sei bezüglich der 5prozentigen Zulage in einer Weise ausgelegt worden, die es uns dringend notwendig erscheinen ließe, vom Tarifamt einen Schiedsspruch zu verlangen, ebenso verhielte es sich in puncto Wiedereinstellung auf die alten Plätze. In beiden Fällen war der Schiedsspruch für uns günstig, so daß nunmehr unsere Herren Prinzipale diese Punkte zur Durchführung bringen werden. Bezüglich des Verzehens, daß für Leipzig eine zum Theile 1/2-1-stündige Arbeitsverlängerung eintritt, verspricht die Kommission, alles zu versuchen, diesen Fehler rückgängig zu machen.

Redner empfiehlt, am Montag früh 1/27 Uhr in den Standquartieren sich zu versammeln, da wird die Tarifkommission in der Lage sein, alles Weitere zu veranlassen.

Im Sinne des Referenten sprechen die Kollegen Galisch, Küger und Schröder, die Kollegen Wachner und Mäkel tabeln das Versehen der Delegirten, indem die Festlegung der Stundenlöhne sowie der Arbeitszeit die Hauptsache seien, auch sei nicht genügend hervorgehoben, warum die Berliner Kollegen und Kolleginnen die Konferenzbeschlüsse ablehnten. Kollege Mäkel bemerkt noch, man solle nicht jedem Redner Bravo spenden und den anderen Tag in den Standquartieren schimpfen.

Kollege Galisch entgegnet, daß zwar beim Verlesen des Protokolls den Delegirten der lapsus unterlaufen sei, entschuldigt dies aber damit, daß durch die circa 12stündige Verhandlung dieses übersehen worden sei.

Kollege Brandmann schildert die Berliner Lohnverhältnisse und glaubt, daß für Berlin der Lohn höher sein müsse, empfiehlt aber trotzdem, am Montag die Arbeit aufzunehmen, worauf allseitig in verneinendem Sinne Zurufe erfolgen. Kollege Frisch warnt, auf diese Ausführungen die Arbeit aufzunehmen, sondern zuerst sich in den Standquartieren einzufinden. Auch berichtet Redner noch, daß er doch zu Anfang gesagt habe, daß die Berliner mit den beschlossenen Arbeiterinnenlöhnen sich nicht einverstanden erklärt haben. Kollege Maye spricht im Sinne der Tarifkommission und warnt die Anwesenden, sich nicht als Divisionsstierchen gebrauchen zu lassen.

Kollege Zinke freut sich über die stattgefundenene Opposition, dies würde der Tarifkommission durchaus nicht schaden. Redner wendet sich noch gegen den in der Freitagnummer stehenden Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, derselbe sei geeignet, unsere Bewegung in Mißkredit zu bringen.

Hierauf sprechen noch die Kollegen Diebel und Kurzer, welche die 5 Prozent Lohnzulage besser in Pfennigen ausgedrückt wünschen.

Nunmehr wird gegen 3 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung der hiesigen Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen erklärt unter den gegebenen Verhältnissen am Montag nur dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sich die strittigen Punkte bis dahin zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt haben. Die heute Versammelten verpflichten sich, Montag früh vollständig und zur rechten Zeit in ihren Standquartieren sich einzufinden, um gegebenenfalls die Arbeit aufzunehmen zu können.“

Schluß der imposant besuchten Versammlung mit einem Appell des Vorsitzenden, auch nach der beschlossenen Resolution zu handeln.

**Frankfurt a. M.** Am 17. September war hier im Saale „Zum grünen Walde“ wieder eine öffentliche Versammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Stand der Aussperrungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart. 2. Beschlußfassung über unsere Forderungen eventuell Wahl einer Lohnkommission. 3. Verchiedenes.

Kollege Grotz wurde zum Vorsitzenden gewählt. Zu Punkt 1 hatte Kollege Moth aus Leipzig das Referat übernommen. In längerer Rede legte er die Entwicklung der Bewegung dar. Nach dem jetzigen

Stände der Dinge zu urtheilen, sei anzunehmen, daß die Arbeiter siegreich aus dem ihnen aufgedrungenen Kampfe hervorgehen. Mit einem Appell an die Anwesenden, ihre Kollegen in Leipzig, Berlin und Stuttgart nach Kräften zu unterstützen, schloß Referent seinen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Hierauf gab Herr Würzberger die von dem in der vorigen öffentlichen Versammlung beauftragten Bureau ausgearbeiteten Forderungen bekannt und fügt denselben einige Erläuterungen bei. An der hier anschließenden Diskussion beteiligten sich Kloth, Thierberg, Hirsch und Herr Arbeitersekretär Dorsch. Sie erklärten sämtlich die aufgestellten Forderungen für sehr minimale und empfahlen den Anwesenden einbringlich, für Durchführung dieser Forderungen energisch eintreten zu wollen.

Nachdem noch einige kleinere Zusätze vorgeschlagen wurden, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu den Ausführungen beider Referenten und beauftragt eine aus 9 Personen bestehende Kommission, alle für die Lohnbewegung nötigen Arbeiten auf Grundlage folgender Forderungen weiter zu führen: 1. Zahlung eines Minimallohns von 21 Mk., für Ausgelernte im ersten Jahre 18 Mk. 2. Einführung einer 9/10stündigen Arbeitszeit inklusive Frühstück und Vesperpause, ohne Verkürzung des sonstigen Lohnes. 3. 10 Prozent Zuschlag für alle Arbeiter, die von den 20 Mk. bereits haben. 4. Bezahlung der gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage. 5. 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden und 33 1/2 Prozent für Sonn- und Feiertagsarbeit. 6. Einschränkung der Ueberarbeit auf täglich zwei Stunden. Samstag darf nicht länger gearbeitet werden.“

Sie verpflichtet alle Kollegen und Kolleginnen, im Sinne dieser Forderung stets thätig zu sein und für deren Einführung zu wirken. Ferner erneuert sie ihr Versprechen, ihr Bestes zur Unterstützung der Ausgesperrten zu thun.“

Nachdem hierauf die Lohnkommission gewählt war, brachte Kollege Steibing unter Verschwiegenem die Verhältnisse in der Kartomagenbranche zur Sprache. Es ständen die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Agitation so ablehnend gegenüber, daß es unmöglich sei, dieselben in die Bewegung mit hineinzu ziehen.

**Stuttgart.** In gutbesuchter Versammlung vom 17. September wurde der Stand der Bewegung besprochen. In 9 Werkstätten sind 350 Personen ausgesperrt. Ein Theil der Kollegen der Firma Koch (Presser) trat dem Ausstand erst Dienstag früh bei, bei der Firma Danbell dauerte es eine Woche, bis das Personal vollständig dem Ausstand beitrug. Die Einigkeit der Kollegenschaft beseitigte Wankelmuth und Zaghaftigkeit Einzelner. Um die Stimmung der Ausgesperrten zu erfahren, durfte man nur am Appell oder bei Anhängen in Stuttgarts schöner Umgebung sich beteiligen. Das Bewußtsein, einer guten Sache zu dienen, die Sympathie der ganzen Bevölkerung auf unserer Seite zu haben, erzeugte eine gehobene Stimmung. Stehen geblieben ist fast Niemand, oder bloß jene Spezies von Menschen, die das Erziehungsprodukt der Evangelischen Jünglingsvereine sind. Als Kuriosum mag mitgeteilt werden, daß der Büchernachseher von Schwabe, dem selbst gekündigt wurde, die Kollegen zum Streikbruch aufforderte. Als Herrn Mübenacker gekündigt wurde, ging er voll Schmerz und Wehmuth aufs Komptoir und frug, warum denn ihm auch gekündigt werde. Es wurde ihm bedeutet, daß Allen gekündigt worden ist. Auf brüchlichem Wege werden die Kollegen ersucht, die Arbeit aufzunehmen. Theilweise sind die Briefe mit ausgewählter Höflichkeit geschrieben, theilweise mit Drohungen gespickt. Alles das half nichts. Zwei Mann haben bis jetzt die Ferien mit der Arbeitsstätte vertauscht und die machen das Kraut nicht fett. — Auf die Inzerate hin ist urplötzlich aus einem Kellner ein Buchbinder geworden. Die Firma Koch wurde mit diesem Manne beglückt. Zum Falzen außerdem Haufe lassen sich leider verschiedene Arbeiterfrauen gebrauchen. Sie sind zwar nicht im Stande, Nennenswertes zu leisten; aber schimpflich ist es doch, wenn Dummheit und Einsichtslosigkeit dem Unternehmer Schergen Dienste leisten. — Herr Grönlain hat sein Personal eingeklagt. Vor der Aussperrung sagte Herr Grönlain zum Fabrik-ausfühler, er bebaure tief, 80 Prozent seines Personals entlassen zu müssen. Hoffentlich sei bald Friede. Zuerst beklagt er die Aussperrung, nachher verklagt er sein Personal vor dem Gewerbegericht. Der Vorstehende des Gewerbegerichts hielt dem Vertreter des Herrn Grönlain das Unschöne seiner Handlungsweise vor, ihn daran erinnernd, daß vor einigen Tagen der Friedensschluß erfolgte, und die Prinzipale es seien, die den Kriegszu-

stand herbeigeführt haben. Ob er sich wohl an den Ausständigen bereichern wolle. Verurteilt wurden die Kollegen zu 10, die Kolleginnen zu 5 Mk. Schadenersatz. In der Diskussion wurden noch verschiedene Einzelheiten besprochen. Die arbeitenden Kollegen freuten sich über den Zusammenhalt der Ausgesperrten. Die Sammellisten der ersten Woche, die wir bisher abgeliefert bekamen, ergaben über 500 Mk.

## Korrespondenzen.

**Hamburg.** Kurz die Wiedergabe unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung am Sonnabend den 15. September 1900 im Restaurant „Zur Karlsburg“.

Im ersten Punkte: Rundschau über die „Lohnbewegung in Leipzig, Berlin, Stuttgart, Pforzheim und Strassburg“, fand nach längerer Debatte folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die heute am 15. September im Restaurant „Zur Karlsburg“ tagende Versammlung der Hamburger Kollegen und Kolleginnen bringen unseren ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen in Leipzig, Berlin, Stuttgart ihre volle Sympathie entgegen, versprechen, die Ausgesperrten nach Kräften zu unterstützen und erwarten, daß kein Kollege die Arbeit wieder aufnimmt, als bis unsere Forderungen vollständig anerkannt sind.“ Hierauf wurde ein Antrag eingebracht, vorläufig in der hiesigen Zahlstelle 25 Pf. Extrabeitrag pro männliches und 10 Pf. pro weibliches Mitglied zu erheben und die einlaufenden Gelder sofort abzusenden, welcher Antrag einstimmig Annahme fand. Unsere Hamburger Kollegen werden auch bereit sein, noch weit höhere Selbstopfer für die ausgesperrten Kollegen zu bringen, um selbigen zum Siege zu verhelfen. Da in verschiedenen hiesigen Zeitungen Arbeitskräfte für Buchbindereien nach Leipzig gesucht werden, so sollen die betreffenden Expeditionen auf den wahren Sachverhalt aufmerksam gemacht werden.

Im Ferneren wurde beschlossen, daß unsere Lohnbewegung am Drie noch eine abwartende Stellung einnehmen soll. Kollege Borst macht noch auf den Gantag in Lübeck aufmerksam, daß sich die etwa beteiligten Kollegen am Sonntag den 23. d. M. am Lübecker Bahnhof einfänden sollen. Da auch Sammellisten für die ausgesperrten Hamburger Werstarbeiter vorlagen, wurde für gut befunden, selbige nicht zirkulieren zu lassen, da doch augenblicklich genug für die eigenen Kollegen zu thun sei.

Nachdem noch auf unsere nächsten Sonnabend stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht wird, erfolgt Schluß der zahlreich besuchten Versammlung. M. G.

**Hannover.** Am 15. September fand im hiesigen Nordstädter Gesellschaftshaus eine von ca. 350 Personen besuchte öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der Kollege Kloth aus Leipzig in einem Vortrag ein Situationsbild der augenblicklichen Lage des Streiks respektive der Aussperrung unserer Berufsgenossen in Leipzig, Berlin und Stuttgart gab. Kloth verstand es, in seinem Vortrag den wahren Sachverhalt ans Licht zu ziehen, wie namentlich die Herren Prinzipale in Leipzig die Arbeiter der Lüge zu zeihen suchten und in den dortigen Scharfmacherzeitungen diese Meinung zum Ausdruck bringen. Der Herr Kommissionsrath Frischke in Leipzig, der die Parole zum „Ausgangern“ gegeben hat, bestreitet ja selbstverständlich, dieses böse Wort gebraucht zu haben, auf das Entschiedenste, und ein anderer Herr, der von seinen Arbeitern in die Enge getrieben wurde, mußte den Herrn Kommissionsrath als den Autor dieses brutalen Gedankens hinstellen. Herr Frischke hat auch gesagt, wir sperren von unseren Leuten 80 Prozent aus, wenn sie nicht gehorfen sind. Aber so eine entgegenkommende Haltung seiner Arbeiter hat Herr Frischke jedenfalls nicht erwartet, denn von 157 Männern und 124 Frauen sind 7 Männer und 5 Frauen stehen geblieben. Sobann verliest der Referent eine genaue Statistik aller Leipziger Firmen mit den Zahlen der Ausgesperrten und Stehengebliebenen. Daß es dem Personal so blutiger Ernst mit der Sache war, das hatten die Herren doch nicht vermuthet. Einem sehr geschickten Handvergoldner bot der Herr Kommissionsrath und der Buchbinderinnungsoberrmeister Währe freie Reise nach Paris zur Aufstellung, um sich vervollkommen zu können, er dürfte aber nicht mit streiten. Unser Kollege schlug das glänzende Angebot aus und trat mit in den Ausstand. Grauwürdige Männer, die theilweise über 30 Jahre an ihren Plätzen standen und große Familie haben, alle sind bis mit ihren Kollegen

in den Kampf gezogen zur Eringung besserer Zustände. Stürmischer und lang anhaltender Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag.

Nachdem noch von verschiedenen Nebnern darauf hingewiesen wurde, auf den zirkulierenden Sammellisten zur Unterstützung der Ausgesperrten recht ergiebig zu zeichnen und nachdem von Vertretern anderer Gewerkschaften, namentlich der Buchdrucker, durch Genosse Miller vollste Sympathie und Unterstützung uns zugesichert wurde, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige, von Arbeitern und Arbeiterinnen der hiesigen Buchbindereien zahlreich besuchte Versammlung erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit dem Vorgehen der Kollegen und Kolleginnen in Leipzig und Berlin einverstanden.“

Sie erkennt aber auch an, daß durch das Eingreifen der Prinzipale, die einem Ausstand durch Aussperrung zuvorkamen, die Situation noch bedeutend verschärft ist. Unter diesen Umständen hält die Versammlung es für eine unabwiesbare Pflicht der Kollegen und Kolleginnen allerorts, mit allen erdenklichen Mitteln die in Leipzig, Berlin und Stuttgart im Lohnkampf stehenden Berufsgenossen in weitestem Maße zu unterstützen, denn die Interessen der im Kampfe befindlichen Berufsgenossen sind mit den Interessen aller Kollegen und Kolleginnen Deutschlands identisch.

Die Anwesenden verpflichten sich aber auch, soweit sie noch nicht dem Deutschen Buchbinderverband angehören, in denselben einzutreten, ferner aber auch ihr Möglichstes zu thun, alle noch Fernstehenden zur Organisation heranzuziehen, um es möglich zu machen, in Zukunft in ganz Deutschland geregelte Arbeitsbedingungen herbeizuführen.“

Mit einem nochmaligen Auffordern, ja ein recht scharfes Auge auf alle Vorgänge zu haben und nichts zu unterlassen, was den so brutal Ausgesperrten zum Siege verhelfen könnte, denn deren Sieg ist auch unser Sieg, schloß der Vorstehende mit dreimaligem Hoch, in das die imposante Versammlung kräftig einstimmte, auf unseren Deutschen Buchbinderverband die Versammlung.

**Bremen.** Am Sonnabend den 15. d. M. fand eine Mitgliederversammlung statt, welche einen Situationsbericht über die Lage der Ausgesperrten in Leipzig, Stuttgart und Berlin von Kollege Submann entgegennahm. Derselbe beleuchtete in kurzen Zügen das prozesshafte Verhalten des Verbandes der Buchbindermeister und unterzog das Vorgehen der Polizei in Berlin einer scharfen Kritik. Kollege Schmieber wies darauf hin, wie notwendig es sei, jetzt für eine kräftige Unterstützung zu sorgen, um hierdurch der Verbandsstafte ihre schwere Aufgabe zu erleichtern und sie auch für die Dauer leistungsfähig zu erhalten. Auf Anregung desselben nahm dann die Mitgliederversammlung einstimmig den Antrag, eine Extrasteuer zu erheben, und zwar für ledige Kollegen 1 Mk. und für Verheirathete 50 Pf. pro Woche, an. — Die Versammlungen finden während der Ausstände jeden Sonnabend statt, in denen dann ein Situationsbericht gegeben werden wird. — Zum Gantag stellten die Bremer Kollegen einen Antrag, welcher den Bauvorstand verpflichten soll, die Agitation im 3. Gau reger zu betreiben. Es ist notwendig, daß die Bremer Kollegen in dieser ersten Zeit mehr wie bisher Interesse für den Verband zeigen und die Versammlungen zahlreicher besuchen. Am 13. Oktober wird der Arbeitersekretär Genosse Ebert einen Vortrag halten. W. H.

**Schleiz.** Am 15. September fanden sich die Kollegen und Kolleginnen der Firma F. Webers Nachfolger im kleinen Saale des grünen Baumes zusammen. Kollege Krempler aus Leipzig hatte es übernommen, dieselben über Zweck und Nutzen der Organisation aufzuklären. Seine circa einstündige, in ruhigen und ergreifenden Worten gehaltene Rede hatte denn auch den gewünschten Erfolg, indem sich sofort 13 Kollegen und 6 Kolleginnen dem Verband anschlossen. Da nun schon 11 organisierte Kollegen am Plage waren, beschloß man, eine Zahlstelle zu gründen, und wurde Kollege Heydt als erster und Kollege Jakob als zweiter Bevollmächtigter vorgeschlagen. Dieselben nahmen die Wahl unter der Bedingung an, „bei etwaigen Differenzen mit dem Prinzipal sämtliche Kollegen und Kolleginnen hinter sich zu haben.“

Nachdem Kollege Krempler nochmals aufgefordert hatte, fest für die Organisation zu stehen und zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen. Möge die junge Zahlstelle blühen und gedeihen. 11. R.

**Jena.** Am 15. September fand hier eine gemeinsame Versammlung der Buchbinder, Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker statt. Herr Dr. Weismann sprach über „Gewerkekrankheiten der graphischen

Verusearbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Tuberkulose". Referent führte ungefähr aus, daß in den meisten Berufen die Arbeiter durch die einseitige Inanspruchnahme einiger Körperteile, ja selbst einzelner Muskelpartien leiden. Es führt das zu Abnormitäten und Krankheiten. Die meisten Krankheiten aber entstehen in den Gewerben, in denen die Arbeiter dem fortgesetzten Einathmen von Staub ausgesetzt sind. Es giebt verschiedene Staubarten, der organische (thierische oder pflanzliche) Staub, der metallische Staub und der mineralische Staub. Der Staub ist nicht nur deshalb gefährlich, daß er bei den Athmungsorganen Katarrhe zc. hervorruft, sondern auch, weil durch den Staub dem Körper direkt Krankheitskeime zugeführt werden. Nebenher geht dann näher auf die Tuberkulose ein, welcher jährlich 87000 Menschen (gleich ein Drittel aller Sterbefälle) zum Opfer fallen. Davon entfallen auf die Industriearbeiter allein 50 Prozent. Eine aus den sozialen Verhältnissen heraus erklärliche Erscheinung ist es, daß je höher das Einkommen des Arbeiters ist, desto geringer die Zahlen der Erkrankungen. Die graphischen Berufe stehen in der Statistik der Tuberkuloseerkrankungen ziemlich oben an. Am meisten Sterbefälle kommen bei den Steinmetzen vor, indem von allen Sterbefällen 90 Prozent von der Tuberkulose verursacht werden. Nebenher fordert dann zur Bekämpfung der Tuberkulose vom Staate eingeführte ärztliche Ueberwachung aller Nahrungsmittelverkaufsstellen, desgleichen Kontrolle aller öffentlichen Verkehrsmittel. Ein Reichswohnungsgesetz, Hofirung der Kranken in Lungenheilanstalten. Für die Krankenkassen sind vierteljährliche ärztliche Untersuchungen der Mitglieder zu empfehlen, da durch frühzeitige Erkennung die Heilung der Tuberkulose viel leichter, daher auch billiger ist wie bei schon vorgeschrittener Krankheit. Ferner ist zum Schutze der Erkrankung gute Hautpflege (Reinlichkeit) und gute Ernährung erforderlich.

Dem interessanten Vortrag folgte eine Erörterung über die Frage: „Wie betreiben wir die Agitation in den graphischen Gewerbe am zweckmäßigsten?“ In einer kurzen Diskussion wurde zur gegenseitigen Unterstützung in der Agitation aufgefordert. Pflicht eines Jeden muß es sein, Nichtorganisirte der Gewerkschaft zuzuführen. Von der Gründung eines graphischen Kartells sah man ab, doch wurde allseitig die Nothwendigkeit, mehr Fühlung untereinander zu bekommen, anerkannt. Den Mitgliedschaftsvorständen wurde durch Beschluß aufgegeben, sich bei wichtigen Fragen in Verbindung zu setzen. Auch wurde der Wunsch laut, solche gemeinsame Versammlungen gelegentlich wieder abzuhalten.

Zum Schlusse wurde seitens der Buchbinder auf die Aussperrung ihrer Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart aufmerksam gemacht.

**Halle a. S.** Aufgeweckt durch das brutale Vorgehen der Leipziger Prinzipale, welche ihre Arbeiter aussperrten, wurde ein großer Theil der Halle'schen Kollegen. Am Mittwoch wurde eine öffentliche Versammlung einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Die Aussperrung der Leipziger Kollegen und ihre Forderungen. Referent Kollege Wochele-Leipzig. 2. Gewerkschaftliches.

Nach Wahl des Bureaus, in welches die Kollegen Masenberger als erster, Sannede als zweiter Vorsitzender und Kollege Wötter als Schriftführer gewählt wurden, erhielt der Referent, Kollege Wochele, das Wort.

In einer dreiviertelstündigen Rede führte Nebenher die ganze Aussperrung unserer Kollegen vor Augen und ließ uns einen Blick in die Forderungen unserer ausländigen Kollegen thun. Nachdem sich noch eine Reihe von Kollegen an der Diskussion betheiligt und dazu aufgefordert hatten, sich mit unseren Kollegen solidarisch zu erklären, wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung der in Buchbindereien arbeitenden Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich, sich jederzeit solidarisch zu erklären und sich ihrer Organisation anzuschließen.“

Zum zweiten Punkt referirte ebenfalls Kollege Wochele, er appellirte an alle anwesenden Kollegen, heute sich aufnehmen zu lassen, um vereint mit allen Kräften vorgehen zu können und den Vorstand mit Rath und That zu unterstützen. Denn in Halle würde es doch nun mal Zeit, wieder eine lebensfähige Zählstelle zu gründen. Von Seiten des Vorstandes waren Beitrittserklärungen ausgegeben worden, deren Einsammeln das Resultat ergab, daß 16 Kollegen dem Verband beitreten, und so Halle wieder 23 Verbandskollegen zählt, welche versprochen, einmüthig zusammenzutreten, um auch an Orte einmal bessere Lohnverhältnisse zu erringen. Nach-

dem Kollege Wochele das Schlußwort ertheilt war, forderte er noch einmal auf, kräftig zu agitiren, um in Halle die Filiale zu halten, und so wurde die zahlreich besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation und die Solidarität der Kollegen geschlossen.

Z. A.: Paul Masenberger.

**Dresden.** Am 8. September fand in der hiesigen Zählstelle eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Genossen Hänisch über Liebknechts Leben und Wirken. 2. Gewerkschaftliches. Da nach Ansicht des überwachenden Beamten der Vortrag ein politischer sei, und von ihm deshalb die Ausweisung der Minderjährigen aus dem Lokal verlangt wurde, kam zunächst der zweite Punkt zur Verhandlung. Kollege Schönberger führt verschiedenes aus unserer Zeitung, welches Bezug auf die Bewegung der Kollegen in Stuttgart, Leipzig und Berlin hat, aus, und geißelt besonders das Verhalten einiger Leipziger Fabrikanten, welche bereits mit Aussperrungen und Ausweisungen drohen. Nebenher wünscht zum Schluß den Kollegen in ihrem schweren Kampfe den besten Sieg, und versichert den Betreffenden die moralische Unterstützung der Dresdener Kollegen in jeder Hinsicht. In demselben Sinne äußern sich noch die Kollegen Schlegel und Wienhold. Schlegel weist noch besonders auf die nächstens hier stattfindende große öffentliche Versammlung hin, und erwartet, daß sich dazu alle Kollegen an der Agitation betheiligen.

Nachdem nunmehr die Minderjährigen das Lokal verlassen hatten, hielt Genosse Hänisch einen ausführlichen Vortrag über Liebknechts Leben und Wirken.

Zum Schluß appellirt Nebenher an die Anwesenden, weiterzuarbeiten im Sinne Liebknechts, und sich nicht abbringen zu lassen von dem großen Ziele, welches er uns gesteckt hat. Reichler Beifall lohnte den Referenten am Ende seiner Ausführungen. In der darauffolgenden Debatte ist zunächst Genosse Schneider der Meinung, daß derartige parteipolitische Vorträge einer Gewerkschaft mehr schaden als nützen. Kohl meint dem gegenüber, daß man nicht nur ausschließlich sozialistische Vorträge anhöre, sondern auch schon oft Referate anderen Inhalts gehalten habe. Die Arbeiter aber stehen bei Lohnkämpfen dem Kapitalismus geschlossen gegenüber, wenn sie auch verschiedenen Parteirichtungen angehören. Er wird darin noch von Kollegen Schönberger und Lange unterstützt.

**Strasburg.** Am 8. September fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Ausschluß des Kollegen Deschamps vollzogen wurde. Deschamps trat vor etwa 10 Jahren als junger Mensch bei der Firma Seelig in Arbeit mit dem sehr bescheidenen Lohn von 8 M., im Laufe der Jahre wurde der Lohn erhöht, so, daß Deschamps jetzt als Beschneider 24 M. erhält. Es muß wohl Deschamps aber um die Erhaltung dieser guten Stelle sehr viel gelegen sein, denn er versucht, dieselbe so festigen, indem er sich bei den Fabrikanten „lieb Kind“ zu machen sucht; so hinterbrachte er demselben alles, was in der Versammlung vorging und spielte also so den Verräther und Denunzianten gegen seine eigenen Kollegen. Die traurigste Rolle aber spielte Deschamps, als die Lohnkommission bei der Firma Seelig vorstellig wurde, um die Arbeitszeit baselöst von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen und die Bezahlung der Feiertage zu verlangen. Deschamps unterstützte nicht nur nicht das Vorgehen der Kollegen, sondern er stellte sich diesem entgegen. Auch sollen die sanitären Zustände in der betreffenden Werkstufe sehr zu wünschen übrig lassen, ferner wird bei der übermäßig langen Arbeitszeit den Arbeitern keine Wesperrpause gewährt, und damit denselben nie die Luftzeit fehlt, geht abwechselnd erst der Herr Seelig und dann dessen Sohn wesperrn. Für Abschaffung all dieser elenden Zustände rührte Kollege Deschamps nicht die Hand, obgleich er ein wenig Einfluß zur Abschaffung dieser Mißstände haben könnte. Die Arbeitszeit wurde dann auch auf Grund der Vorstellung der Lohnkommission um eine halbe Stunde verkürzt. Deschamps aber hat bei der ganzen Affaire eine so unwürdige Rolle gespielt und fühlte sich auch nicht veranlaßt in der Versammlung, der er bewohnte, sich zu vertheidigen, daß sein Ausschluß auf Grund des § 14 einmüthig vollzogen wurde.

Am 15. September fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der über die Unterstützung der ausgesperrten Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart diskutirt wurde. Kollege Zabel verlas das von dem Verbandskassier an die Zählstellen versandte Rundschreiben, in dem ersucht wird, alle verfügbaren Gelder auf Grund des § 14 einmüthig abzuführen, um den uns aufgedrungenen Kampf siegreich durchzuführen zu können. Es wurde beschlossen, 150 M. aus der Lokalkasse nach

Stuttgart zu senden. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er Sammellisten für die ausgesperrten erhalten habe, er bittet um rege Zeichnung darauf und schnellste Ablieferung derselben.

Hierauf gab Kollege Trüb den Kartellbericht unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung.

Sodann kam das Verhalten des Kollegen Bey zur Sprache. Derselbe ist schon früher einmal aus dem Verband ausgeschlossen worden, hat später aber um seine Aufnahme gebeten, mit dem Gelöbniß, immer ein treues Mitglied des Verbandes bleiben zu wollen. Bey hat sich in sehr verächtlicher Weise über die Organisation ausgelassen und hat sich nicht veranlaßt gefühlt, der an ihn ergangenen Einladung, in diese Versammlung zu kommen, Folge zu leisten. Sein Ausschluß aus dem Verband wird einstimmig beschloffen.

Ein Kollege bekundet, daß der hiesige Hofbuchbindermeister Dürr Streitarbeit für Berlin angenommen habe, in dieser Werkstube ist nur ein Kollege organisiert, der es abgelehnt hat, diese Arbeit zu machen.

**Würzburg.** Am 15. September hielt die Zählstelle Würzburg eine Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Forderungen der Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart. 2. Stiftungsfest. 3. Verschiedenes. Nachdem Kollege Schmitt in unserer ersten Monatsversammlung am 5. September bereits unter Punkt „Aufschau“ über die Bewegung unserer Kollegen berichtete, ergriff derselbe unter dem ersten Punkte der Tagesordnung das Wort und schilberte in dreiviertelstündigen Ausführungen die Forderungen unserer Kollegen und die Stellung der Unternehmer dazu. Besonders scharf kritisirte er das Verhalten der Letzteren, dabei betonend, daß es unmöglich sei, mit den heutigen Löhnen ein autständiges Leben führen zu können; sind doch die Lebensmittel und Kohlenpreise zc. schon ungeheuer gestiegen und deshalb die Forderungen unserer Kollegen nur berechtigt. Die Unternehmer wären ja auch sofort bei jeder Steigerung der Arbeitslöhne wieder die ersten, die, wenn der Profit kein doppelter und dreifacher sei, den Preis der Fabrikate zu erhöhen. Sodann kam Nebenher auf die Streitarbeit zu sprechen, dabei hervorhebend, daß die Möglichkeit vorliege, daß man den hiesigen Kollegen Streitarbeit aufzubringen versuche. Hier gelte es, ein wachsames Auge zu haben und jede Streitarbeit energisch zurückzuweisen, eventuell die Arbeit niederzulegen. Denn die Arbeiten, die bisher gedruckt und stets von den folgenden Firmen, und zwar H. Forste, Lübcke & Komp., E. Berger, E. Thomas, sämmtlich in Leipzig, sowie Z. Propst-Berlin und Crölein-Stuttgart gebunden wurden, würde man bei längerer Aussperrung als nothwendige und pressante Arbeiten uns aufdrängen. Nebenher betont, daß er nicht glaube, daß ein Kollege unter uns wäre, der Streitarbeit verrichten würde und sollte es wirklich der Fall sein, so mache er es Allen zur Pflicht, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die Entlassung eines solchen Kollegen bewerkstelligt sei. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Nebenher seine Ausführungen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schmitt einverstanden und verspricht, mit aller Kraft für die Forderungen unserer ausländigen Kollegen einzutreten und eventuell Streitarbeit mit aller Energie zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Niederlegung der Arbeit bevorsteht.“

Unser drittes Stiftungsfest wird am Sonntag den 20. November im engsten Kreise der Kollegen und Fremde gefeiert werden. Sonntag den 23. September wird eine Abendunterhaltung im Verbandslokal abgehalten werden. Auch wurden zwei Neuaufnahmen gemacht.

F. Hänisch.

**Gingefandt.**

**Duisburg.** Um den zureisenden Kollegen über die Verhältnisse hier in Duisburg, beziehungsweise bei der Firma S. A. Steinkamp, nähere Aufklärung zu geben, möge Folgendes dienen. Hier in Duisburg, wo die Wohn- und Lebensverhältnisse riesig hoch sind (z. B. Kost und Logis 11 M. die Woche), ist ein Minimallohn von 20 M. festgesetzt, trotzdem zahlt die Firma schon seit Jahren den miserablen Lohn von 16—18 M. und 5 Pf. mehr für die Ueberstunde, Arbeitszeit ist 10 Stunden. Die Arbeit ist sehr anstrengend, es werden nur Wilderbücher und Jugendchriften in großen Partien gemacht, ausbilden kann sich also ein junger Kollege dabei nicht.

Am 26. August verkündete die Firma: es wird jeden Tag eine Ueberstunde gemacht. Hierauf stellten fünf Kollegen durch den ersten Oehlisen die beschreibende

Anfrage, ob es nicht möglich sei, daß für die Ueberstunden 33 1/3 Prozent Zuschlag gezahlt werden könnte. Statt aller Antwort wurde der betreffende Gehilfe gekündigt. Selbstverständlich kündigten die fünf Kollegen auch sofort. In der Werkstube blieben nur noch zwei indifferente Gehilfen in Arbeit, die mit dem niedrigen Lohn zufrieden sind. Zwei von den Kollegen, die gekündigt hatten, haben sich wieder überreden lassen und arbeiten weiter.

Wir bitten daher alle Kollegen, die Stellenangebote der Firma unbeachtet zu lassen oder doch wenigstens nicht unter 20 M. Wochenlohn und 33 1/3 Prozent mehr für Ueberstundenarbeit anzunehmen.

**Berichtigungen.**

In dem Bericht in Nr. 37 über die Berliner Verzammlung der Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen sind die Lohnsätze für Arbeiterinnen falsch angegeben. Es muß heißen:

Für ungeliebte Arbeiterinnen:  
Für die ersten vier Wochen nach freier Vereinbarung, sodann pro Stunde 17 Pf. gleich 9,18 M. bis zu sechs Monaten, vom siebenten Monat an 18 Pf. gleich 9,72 M., vom achten Monat an 19 Pf. u. s. w. bis 12,96 M."

Ferner sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bereits den Minimallohn erreicht haben, 5 Prozent mehr erhalten, bei denjenigen, die in den letzten drei Monaten bereits Zulage bekommen haben, wird diese in Anrechnung gebracht. Bernh. Jost.

Aus Leipzig wird uns geschrieben, daß die Firma Hesse & Vetter ihre Arbeiter und Arbeiterinnen nicht ausgesperrt hat, sondern dieselben ausständig wurden, weil sie die aufgestellten Forderungen nicht bewilligt erhielten.

**Bundschau.**

\* Die in Nr. 35 unserer Zeitung gebrachte Notiz, die Kollegen Albert Ziegler und Heinrich Schärer betreffend, beruht auf falscher Information des Bevollmächtigten von Pforzheim. Beide Kollegen haben keinerlei Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle. Wir verweisen besonders darauf, damit den beiden Kollegen in anderen Zahlstellen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, falls sich deren Abreise von Pforzheim nötig macht, wenn daselbst ein Streik ausbrechen sollte.

\* Die Chemnitzer Buchbinderinnung beschloß in ihrer letzten Versammlung, den aus dem Streitgebiet zureisenden Gehilfen weder Unterstützung noch Beschäftigung zu geben. Man weiß thatsächlich nicht, was man denken soll! Ist dieser Beschluß der Keimzelle oder dem Hojn entsprungen? Als wenn die hiesigen Meister einen so begehrenswerten Lohn zahlten! Wenn sich je einmal ein Fremder aus Unkenntniß der Verhältnisse nach Chemnitz verläßt, ist er froh, wenn er den Chemnitzer Staub so schnell wie nur möglich wieder von seinen Pantoffeln schütteln kann. Von den Kollegen aus dem Streitgebiet werden schon keine nach hier kommen, weil sie höhere Minimallöhne gewöhnt sind, als sie hier überhaupt als Höchstlohn bei längerer Arbeitszeit verdienen können. Also keine Angst, Ihr Chemnitzer Innungsmeister! Von dieser Seite werdet Ihr nicht überlaufen werden. — Wäre es nicht klüger gewesen, wenn die Innungsmeister einmal die Löhne ihrer Gehilfen mit denen, die bisher im Streitgebiet gezahlt wurden, in Einklang zu bringen beschloßen hätten?

\* Die Steindrucker und Lithographen werden sich auf ihrer demnächst in Köln stattfindenden Generalversammlung mit der Verschmelzung ihres Zentralverbandes mit dem Senefelderbund zu beschäftigen haben. Der Zentralverband vertritt als Gewerkschaftsorganisation die wirtschaftlichen Interessen seiner Berufsangehörigen, während der Senefelderbund seine Hauptaufgabe in der Gewährung von Unterstützungen an seine Mitglieder erblickt. In der „Grapischen Presse“ wird gegenwärtig eine lebhafteste Polemik geführt, aus der ersichtlich ist, daß die Verschmelzungsgegner in der Minorität sich befinden.

**Briefkasten.**

Fr. L. in F. Ihre Arbeit erhalten, kann vorläufig nicht zum Abdruck gelangen, entschuldigen Sie, daß ich Sie davon nicht benachrichtigte.

E. E. in B. Desgleichen.

J. C. in Leipzig. Halte Ihre eingesandte Arbeit jetzt nicht mehr für aktuell, weshalb Abdruck unterbleibt.

J. N. in London. Veröffentlichung Ihres Artikels auf längere Zeit hinaus nicht möglich.

Bericht vom Gau IX muß ebenfalls einige Nummern zurückgestellt werden.

E. K. in L. Auch den „Zubilar“ werden wir noch etwas ablagern lassen müssen, der alte Mann wird dann noch älter. Es ist unter Anderem ein Feuilleton schon seit Wochen gestoppt, das der Aufnahme in der Zeitung harret.

Zurückgestellt: Das Adressenverzeichnis, die Abrechnung der Zentral-Krankenkasse; Berichte aus Adlershof, Karlsruhe, Ludwigshafen.

**Quittung**

für zu Gunsten der streikenden Kollegen und Kolleginnen der Firma Benziger & Komp. in Griesfeld eingegangenen Gelder:

Sammelliste Nr. 3, von Kollege W. Wiedmann	Fr. 28,60
= Nr. 4, von Kollege M. Gottschalk	= 9,—
= Nr. 147, von Kollege J. Wagner	= 6,80
= Nr. 148, von Kollege F. Wickl	= 31,50
= Nr. 102, von Kollege R. Rog	= 12,20
Von Kollege Schaare, Genf, erste Rate	= 15,—
Zahlstelle: München	= 12,80
= Augsburg	= 18,46
= Kiel	= 12,80
= Kaufbeuren, Sammelliste Nr. 112 und 113, von den Lithographen, Stein-druckern, Buchbindern sowie Mitarbeitern der Kunstanstalt und Druckerei Kaufbeuren	= 39,09
Zahlstelle: Breslau	= 15,—
= Leipzig	= 123,—
= Luckenwalde	= 9,29
= Dresden	= 50,—
= Köln	= 22,15
= Wien, organisierte Leder-galanterie-arbeiter	= 31,15
= Berlin, Sammellisten 30, 31, 32 und 33	= 63,60
= Grefeld	= 35,71
Sektion Luzern	= 26,—
= Basel, Sammelliste Nr. 16	= 12,—
= Bern	= 7,—
Fachverein der Zimmerleute Zürich	= 15,55
= Spengler, Sammelliste Nr. 129	= 10,—
= Sattler u. Tapezierer, Sammel-listen Nr. 134 und 135	= 11,95
= Maler, Sammelliste Nr. 137	= 7,—
= Tapezierer, Sammelliste Nr. 136	= 7,85
= Schlosser, Sammelliste Nr. 144	= 3,50
Von Herrn Bugbad durch Kollege B. Schubert	= 1,—
	Summa Fr. 636,50

Obiger Betrag wird im Namen der Streikenden bestens verbandt.

Sämmtliche Gelder wurden an den Zentralkassier des schweizerischen Buchbinder-Verbandes abgeliefert.

Im Namen des Buchbinder-Fachvereins Zürich III. E. Hausmann, Kassier, Stationsstr. 5.

NB. Alle noch ausstehenden Sammellisten sind sofort an obige Adresse zu senden. D. O.

**Quittung.**

Für die Ausgesperrten sind bei der Verbandskasse eingegangen: Von Bant-Wilhelmshafen 10 M., Bonn 17,80 M., Bremen 60 M., Charlottenburg 50 M., Düsseldorf 12 M., Freiburg 15 M., Frankfurt a. M. 30 M., Hagen 10 M., Köln 30 M., Konstanz 9,70 M., Ludwigshafen 40 M., Regensburg 22,10 M., Solingen 20 M., Stuttgart 200 M., Dänischer Buchbinderverband Kopenhagen 112,10 M., Delfterreichischer Buchbinderverband Wien 84 M., Schwedischer Buchbinderverband Stockholm 222,22 M., Sjal-Prag 25,36 M. Zusammen 1727,28 M.

Gesamtsumme der bis zum 24. September eingegangenen Gelder 3905,38 M. E. Sauerstein.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Stuttgart.**

Montag den 1. Oktober, Abends 8 Uhr,

**Versammlung**

im „Gewerkschaftshaus“, Eplingerstraße.

540] Tagesordnung: [1,90

1. Stand der Bewegung.
  2. Gewerkschaftsbericht.
  3. Fragekasten. — Verschickenes.
- Bolzähligen Besuch erwartet

**Der Vorstand.**

Die Theilnehmer am Volkshochschulkurs, der Montag den 1. Oktober, Abends 7 Uhr, im Festsaal des Karlsruhgymnasiums beginnt, werden ersucht, ihre Zutrittskarte (à 1,20 M.) Samstag Abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ beim Kassier Kollegen Stanger abzuholen.

541] **Nachruf!** [1,20  
Am Sonntag den 16. Septemb:r d. J. verstarb nach schwerem Leiden im 19. Lebensjahr unsere liebe Kollegin, das Verbandsmitglied  
**Frl. Frieda Engel.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Das Buchbinderpersonal der Buchdruckerei  
**Gustav Schenk Sohn, Berlin.**

**Buchbinderei-Verkauf!**

In Kassel ist eine gut eingeführte Buchbinderei mit vorzüglicher Kundschaft mit sämtl. Inventar, sofort billig zu verkaufen. Offerten unter A. K. 50, hauptpost-lagernd Kassel, erbeten. 542] [1,60

**Buchbinder**

gesucht für Buchdruckerei und Kundenarbeit. Offerten mit Lohnansprüchen an 543] [1,40  
**Ferd. Harrach, Kreuznach.**

**Ein ehrlicher tüchtiger Buchbindergehilfe**

(Sortiment, Bildereinrahmen), findet dauernde Stellung möglichst per sofort. Pension im Hause. [1,40  
544] **Herm. Gategast, Luckenwalde.**

**Drei Buchbindergehilfen**

auf einfache Galanteriearbeiten finden sofort dauernde Arbeit bei 545] [1,40  
**C. F. Ortlepp, Friedrichroda i. Th.**

**Tüchtiger Etuisarbeiter**

für dauernd gesucht. 546] [0,80  
**Wilh. Geissler, Eisenberg, S.-M.**

**Ein selbständig arbeitender Etuis-Arbeiter,**

für Gold- und Silberetuis, für dauernd gesucht. Offerten mit Angabe seitheriger Thätigkeit an  
**E. Ludwig, Hochstraße 43, Frankfurt a. M.**  
547] [2,00

**Tüchtige Etuisarbeiter,**

gut eingerichtet auf Galagen, sowie einen solchen, perfekt im Ueberziehen von Schmuckeinrichtungen, suchen  
**J. & G. Gottschalek,**  
548] [1,80 **Leipzig, Salomonstraße 14.**

**Kartonnagenzuschneider**

verheirateter (28 Jahre alt), mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut (derselbe steht einer größeren Werkstube schon lange Jahre als Leiter vor), sucht baldigst Stellung. Offerten unter J. N. hauptpostlagernd Krefeld. 549] [0,60

**Gerade Titel drucken Sie**

sicher mit den alten bewährten Schriftkisten, welche die bekannte Firma F. Klement-Leipzig fertigt. [1,00

**Restaurant E. Adam**

Dresden.  
Kaulbachstraße 16  
empfehlenswertesten Freunden und Genossen seine großen, rauchfreien Lokalitäten, nebst gut gepflegten Bier, kalten und warmen Speisen einer geneigten Beachtung.  
551] **Verkehrsdiol der Buchbinder.** [2,00

**Dölitz-Leipzig.** [2,20

Gaststube der Großen Leipziger Straßenbahn Linie Gohlis — Kaiser-Wilhelmstraße — Lössig — Dölitz. Empfehle meinen Gasthof „Zam Reiter“ mit großen Gesellschaftszimmern, Gaststube, Billard, schönem schattigen Garten mit heißer Kolonnade, schönem Lausaal zur freundl. Benutzung bei Ausflügen, Festlichkeiten etc.  
**Hochachtungsvoll  
Bernhard Klähn.**



## Protokoll über die Verhandlungen der Kommission zur Schaffung eines Deutschen Buchbinder-Tarifs

am 18. September 1900 in Leipzig im Deutschen Buchgewerbehaus.

Als gewählte Vertreter sind im Auftrage ihrer Mandatgeber erschienen:

Prinzipalsseitig die Herren: Meistein, Metzsche, Probst und Wübben aus Berlin, Enders, Hugo Frischke, Hoffmann und Sperling aus Leipzig, Cränlein und Schwabe aus Stuttgart. Gehilfenseitig die Herren: Bergmann, Engel, Krause und Schulze aus Berlin, Frisch, Galisch und Schaible aus Leipzig, Dietrich, Lender, Schopper und Wurtz aus Stuttgart.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin als Einberufer der Zusammenkunft ist vertreten durch den Prinzipals-Vorsitzenden Herrn Bürenstein, den Gehilfens-Vorsitzenden Herrn Giesecke und den Geschäftsführer Herrn Schliebs.

Herr Bürenstein eröffnet die Versammlung mit einleitenden Worten und fragt zunächst an, ob das Tarifamt die Leitung der Verhandlungen so lange führen solle, bis die Herren Delegierten einen modus vivendi gefunden hätten, um die Geschäfte des Bureaus schließlich selbst übernehmen zu können.

Dieser Vorschlag wird acceptirt.

Da die Verhandlungen einen nicht öffentlichen Charakter tragen, wird die Zulassung von Zuhörern ausgeschlossen.

Zum Protokollführer wird der Geschäftsführer des Tarifamtes bestimmt.

Damit sind die zur Führung der Geschäfte notwendigen Formalitäten erfüllt, und nimmt Herr Bürenstein das Wort, die Parteien erlegend, gegenseitig bemüht zu sein, eine Verständigung herbeizuführen. In welcher Form die Verhandlungen sich bewegen sollen, wird abhängen von dem Willen der Parteien, und ob man sich bereits heute wird entschließen können, einen Waffenstillstand unter gewissen Bedingungen abzuschließen und die Berathung des eigentlichen 11. Theiles des Tarifs (Festsetzung der Akkordsätze), die so schnell wohl nicht von statten gehen werde, einer Kommission zur engeren Berathung zu überweisen und eine Beschlussfassung hierüber für einen späteren Termin festzusetzen.

Nebner schildert alsdann das Zustandekommen des deutschen Buchdruckerarifs und des begleitenden Kommentars, zu deren Ausbau man Jahre gebraucht habe, so daß auch die Buchbinder sich zunächst mit einer langsamen Entwicklung ihrer Tarifsache begnügen müßten.

Herr H. Frischke-Leipzig schildert die Vorgänge, die zur Schaffung eines neuen Tarifs durch die Vertreter der beiden Parteien geführt hätten, und zerlegt den vorliegenden neuen Entwurf zum Tarif in zwei Theile, in den allgemeinen und in den speziellen Theil des Tarifs. Der allgemeine Theil, der zweifellos die wichtigsten der Bestimmungen enthalte, sei seitens der Gehilfenschaft den Prinzipalen erst zehn Tage vor Ablauf des Tarifs zur Verfügung gestellt worden, so daß es den Prinzipalen nicht möglich war, bis zu dem gehilfenseitig gestellten Termin mit der Materie zu eingehend, wie es wünschenswerth und nothwendig war, sich zu beschäftigen. Nebenher liefen die verschiedensten neuen Forderungen der Gehilfen: die Verkürzung der Arbeitszeit, die Bedingung, daß gewisse Arbeiten nicht mehr von Mädchen, sondern nur von Gehilfen hergestellt werden sollten u. s. w. Dagegen fehlte gehilfenseitig der Ausdruck dafür, auf welche Stillschließdauer der neu zu vereinbarenden Tarif abgeschlossen werden sollte. Dies alles waren Verhältnisse, die für die Prinzipale eine so schnelle Beschlussfassung auf Grundlage des vorgelegten Gehilfentarifs unmöglich machten.

Herr Dietrich-Stuttgart bezeichnet es als das Bestreben der Gehilfen, einen das ganze Buchbinder-gewerbe umfassenden Tarif herbeizuführen, und sei man gehilfenseitig dabei von den friedlichsten Gesinnungen befeelt gewesen. Die Gehilfen hätten auch bei den ersten Verhandlungen befundet, daß sie eine friedliche Verständigung dem Kriege vorzögen, denn sie hätten schon damals von ihren Forderungen sich zu Abstrichen bereit erklärt. Wie damals, sind sie aber auch heute bereit, Entgegenkommen zu zeigen, und die Gehilfensdelegierten können nur wünschen, daß auch auf der anderen Seite mit demselben Willen hier verhandelt werde.

Es werden hierauf, um feststellen zu können, wie die von den Gehilfensvertretern am 3. September in der ersten Berathung gestellten ermäßigten und später noch-

mals revidirten Forderungen lauten, dieselben durch den Vorsitzenden zur Kenntniß gegeben; desgleichen die von den Prinzipalsvertretern vorgelegte neue Tarifrung.

Der von den Prinzipalsvertretern vorgelegte Tarisentwurf hat folgenden Wortlaut:

### Vorwort.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden. An Sonnabenden und an Vorabenden geselllicher Feiertage nur 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, einschließlich je eine Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause.

### Der Minimalstundenlohn beträgt für Arbeiter:

für ausgelernete Gehilfen nach vierjähriger Lehrzeit im 1. Jahre ihrer Gehilfenthätigkeit . . . . .	35 Pf.
für alle anderen Gehilfen . . . . .	40 =
für Presser an der Liegelbrudpresse während der Lehrzeit (Dauer 3 Monate) . . . . .	50 =
nach beendeter Lehrzeit . . . . .	60 =

### Für Arbeiterinnen:

für lernende Falzerinnen (Lehrzeit 3 Monate) . . . . .	12 Pf.
für lernende Goldauftragerinnen und Maschinenbestreuerinnen (Lehrzeit 4 Monate) . . . . .	12 =
für alle übrigen Lernenden (Lehrzeit 2 Monate) . . . . .	12 =
für geübte Falzerinnen, Aufwalerinnen, Grundbinderinnen, Einpaderinnen u. c. . . . .	20 =
für alle an Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen, sowie für Goldauftragerinnen, Schriftordnerinnen und Bronzirenerinnen . . . . .	25 =

Die Akkordarbeiten werden nach den Sätzen des am 1. Oktober erscheinenden Tarifs bezahlt.

Solche Akkordarbeiten, die besonders schwierig zu behandeln sind, werden nach vorher zu treffenden Vereinbarungen höher bezahlt.

Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden vom 8. September ab um 5 Prozent erhöht.

Akkordarbeiten, die für Gehilfen berechnet, aber von Arbeiterinnen ausgeführt werden, werden um 30 Prozent niedriger entlohnt.

Akkordarbeiter, die ausnahmsweise auf Stunde beschäftigt werden, erhalten den um 10 Prozent reduzierten durchschnittlichen Akkordverdienst als Stundenlohn. Derselbe muß mindestens die Höhe des Minimalstundenlohns betragen.

Regelmäßige Ueberstunden sind thunlichst zu vermeiden, wenn solche nicht zu umgehen sind, ist das Personal nach Maßgabe der Arbeitsordnung unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, Ueberstunden zu leisten.

Die Entschädigung für Ueberstunden beträgt sowohl für die im Akkord, als auch für die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen:

für die ersten 2 Stunden an männliche Arbeiter	10 Pf. pro Stunde,
für weibliche Arbeiter	5 Pf. pro Stunde,
für weitere Ueberstunden für männliche Arbeiter	20 Pf. pro Stunde,
für weibliche Arbeiter	10 Pf. pro Stunde.

Bei Ueberzeitarbeit von mehr als 2 Stunden täglich wird eine Viertelstunde Pause gewährt.

Sind Akkordarbeitern Lehrlinge zur Mitarbeit beigegeben, so werden für dieselben folgende Abzüge vom vollen Akkordlohn gemacht:

für Lehrlinge im 2. Halbjahr des 1. Lehrjahres:	10 Pf. pro Stunde,
im 2. Lehrjahr:	15 Pf. pro Stunde,
im 3. Lehrjahr:	18 Pf. pro Stunde,
im 1. Halbjahr des 4. Lehrjahres:	20 Pf. pro Stunde,
im 2. Halbjahr des 4. Lehrjahres:	25 Pf. pro Stunde.

Das an Schnellpressen (Phönix und Viktoria) beschäftigte Personal besteht zur Hälfte aus gelernten Pressern, zur Hälfte aus Mädchen.

Ueber die Anzahl der in den einzelnen Betrieben auszubildenden Lehrlinge ist Folgendes bestimmt:

Es können gehalten werden in Betrieben:	
mit 10 Personen technisches Arbeitspersonal 2 Lehrlinge,	= 20 = = = 3 =
= 30 = = = 4 =	
= 40 = = = 5 =	
= 50 = = = 6 =	

und so fort: für je 10 Personen 1 Lehrling mehr.

Zur Festsetzung der in jedem Betriebe beschäftigten Personalziffer gilt die Durchschnittsziffer des im Jahre beschäftigten Personals.

Die Lohnzahlung findet wöchentlich am Freitag statt. Streitigkeiten über die Bestimmung des Tarifs sind zunächst einer aus 6 Prinzipals- und 6 Gehilfen zusammengesetzten Kommission vorzutragen, die innerhalb 3 Tagen entscheidet.

Der revidirte Tarif gilt auf die Dauer von fünf Jahren und zwar bis 31. August 1905.

Wird der Tarif nicht 6 Monate vor Ablauf von mindestens 6 Prinzipals- oder 6 Gehilfensvertretern gekündigt, so verlängert er sich stets um 1 Jahr.

Eine etwaige Kündigung des Tarifs ist bei der Tarifkommission der Arbeitgeber anzubringen.

### Die Forderungen der Gehilfensvertreter lauten:

#### Vorwort.

Der vorliegende „Minimaltarif“ soll als Grundlage bei Akkord und Wochenlöhnen, beziehungsweise Stundenlöhnen für Gehilfen und Arbeiterinnen dienen.

Dieser Tarif ist ein „Minimaltarif“, daher ist selbstverständlich geschickten Arbeitern und Arbeiterinnen ein höherer Stundenlohn als der Minimallohn zu zahlen.

Auch bei Akkordarbeiten, die besonders gut verlangt werden oder besondere Sorgfalt erfordern, sind höhere Preise zu bezahlen. Die Arbeitszeit beträgt 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, an Sonnabenden sowie an Vorabenden geselllicher Feiertage jedoch nur 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, inkl. einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause, die mit bezahlt werden muß.

Vom 1. Oktober 1901 beträgt die Arbeitszeit inkl. Frühstück und Vesperpause 9 Stunden, an Sonnabenden und Vorabenden geselllicher Feiertage nur 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden.

Vom 1. Oktober 1901 soll sich der Stundenlohn bezüglich Wochenlohn um so viel erhöhen, als die halbe Stunde Arbeitsverkürzung an Lohnausfall beträgt.

### Der Minimalstundenlohn beträgt:

#### a) für männliche Arbeiter:

40 Pf. Ausgelernte Gehilfen erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 35 Pf. als Minimallohn. Für Berlin und Leipzig ein Zuschlag von 10 Prozent.

Für Schnellpressen gelten folgende Bestimmungen:

1. alle Presserarbeiten an Decken, die auf der Schnellpresse hergestellt werden, sind nur von gelernten Pressern auszuführen und ist diesen ein Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde für Anfänger, später, d. h. nach drei Wochen, 60 Pf. pro Stunde zu zahlen;
2. Umschläge von Papier und Leinwand, bei denen die Konkurrenz der Buchdruckereien in Betracht kommt, können auch von anderen Personen gedruckt werden.

Maschinen-Deckenmacher: An Deckenmach-Maschinen dürfen nur gelernte Buchbinder beschäftigt werden und ist denselben im ersten halben Jahre 50 Pf. Minimallohn, später, d. h. nach einem halben Jahre, 60 Pf. pro Stunde zu bezahlen.

#### b) für Arbeiterinnen:

1. für ungeübte unter 16 Jahren 15 Pf. pro Stunde;
2. für ungeübte Falzerinnen u. c. über 16 Jahren 17 Pf. pro Stunde und für Berlin und Leipzig ein Zuschlag von 5 Prozent;
3. für geübte Falzerinnen, Aufwalerinnen, Grundbinderinnen, Einpaderinnen u. c. 21 Pf. pro Stunde mit 5 Prozent Zuschlag für Leipzig und 10 Prozent Zuschlag für Berlin;
4. für alle an Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen, sowie für Goldauftragerinnen, Schriftordnerinnen und Bronzirenerinnen 26 Pf. pro Stunde für geübte und 21 Pf. für ungeübte mit 10 Prozent Zuschlag für Leipzig und 33<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Prozent Zuschlag für Berlin.

Lehrmädchen sind als ungeübte Arbeiterinnen anzusehen, jedoch müssen dieselben innerhalb eines Jahres den Lohn für geübte Arbeiterinnen erhalten.

Für Akkordarbeiter, welche auf Stunde beschäftigt werden, soll der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro

Stunde berechnet werden. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist ein Zuschlag von 10 Prozent auf die jetzt bezahlten Stunden- bzw. Wochenlöhne zu bezahlen. Ueberzeit ist möglichst zu beseitigen.

Montags und Sonnabends darf nur in Ausnahmefällen über die gewöhnliche Arbeitszeit gearbeitet werden. Für Ueberzeitarbeit wird an Wochentagen (außer Montag und Sonnabends) für die ersten zwei Stunden über die gewöhnliche Arbeitszeit allen männlichen Arbeitern 10 Pf., allen weiblichen Arbeitern 5 Pf. pro Stunde mehr bezahlt, für weitere Ueberstunden, sowie solche am Montag, Sonnabends und Vorabenden gelehlicher Feiertage allen männlichen Arbeitern 20 Pf., allen weiblichen Arbeitern ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde mehr bezahlt.

Bei Ueberzeitarbeit von mehr als 1 Stunde ist eine Viertelstunde und bei mehr als 2 Stunden sind zwanzig Minuten Pause zu gewähren, die mit zu bezahlen sind. Alle in diesem Tarif genannten Arbeiten dürfen nur von solchen Personen, gleichviel ob Arbeiter oder Arbeiterinnen, ausgeführt werden, die entsprechend den Bestimmungen dieses Tarifs entlohnt werden.

Bei Akkordarbeiten ist das ständige Zusammenarbeiten von Gehilfen mit Lehrlingen oder Arbeitsburschen unzulässig. Ist ein zeitweiliges Zusammenarbeiten solcher Personen notwendig, so hat selbstverständlich tarifliche Entlohnung stattzufinden.

In solchen Fällen darf für Lehrlinge respektive Arbeitsburschen

im zweiten Halbjahr des ersten Lehrjahres	nicht mehr als	10 Pf.
im zweiten Lehrjahr	nicht mehr als	15 =
im dritten	=	18 =
im ersten Halbjahr des vierten Lehrjahres	nicht mehr als	20 =
im zweiten Halbjahr des vierten Lehrjahres	nicht mehr als	25 =

pro Stunde in Abzug gebracht werden.

Unter Mädchenarbeiten ist zu verstehen: Falzen, Zusammentragen, Einstecken, Kartendrehen, Heften, Rouvertiren, Kreuzbündeln, Abreissenkleben, Martiren, Perforiren, Paginiren, Abzählen, Nadeln.

Alle Streitigkeiten über die Bestimmungen dieses Tarifs sind, bevor Entlassung oder Niederlegung der Arbeit eintritt, einer von Prinzipalen und Gehilfen zu gleichen Theilen gewählten Kommission vorzulegen und von dieser spätestens innerhalb drei Tagen zu entscheiden. Es ist Pflicht beider Theile, speziell der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, im Interesse des Berufs für die allgemeine Durchführung dieses Tarifs mit allen gesetzlichen Mitteln einzutreten.

Allgemeine Anträge.

1. Eine Lehrlingskala in den Tarif aufzunehmen, ähnlich wie im Buchdruckerarif;
2. die Lohnzahlung soll auf Freitag festgelegt werden;
3. als Volontaire dürfen nur gelernte Buchbinder beschäftigt werden.

Bogenberechnung.

Bei sämtlichen Arbeiten, bei denen Bogenberechnung in Frage kommt, gilt Folgendes:

1. Als Bogen zählen Hestlagen, doch darf die Hestlage der Bogen bei Miniatur, Oktav, Groß-Oktav, Quart nicht mehr als 8 Blatt, bei Folio und Groß-Folio nicht mehr als 4 Blatt gerechnet werden;
  2. Bilder oder Karten werden bei Miniatur, Oktav und Groß-Oktav 4 Blatt, bei Quart, Folio und Groß-Folio 2 Blatt als Bogen gerechnet;
  3. Kartenbilder ist 1 Blatt als Bogen zu berechnen.
- Diese Bestimmungen treten mit 15. September 1900 in Kraft.

Bis zur Einführung eines neuen für ganz Deutschland geltenden Minimaltarifs wird für alle im seither gültigen Leipziger Tarif festgesetzten Akkordpreise — mit Ausnahme der Presserarbeiten von Quart aufwärts — ein Zuschlag von 5 Prozent bezahlt.

Mit dem Eintritt in die Verhandlungen werden gleichzeitig einige Gehilfenmitglieder für die Abstimmung ausgeloot, um das Stimmenverhältniß in den beiderseitigen Delegirten gleich stark zu gestalten.

Herr Bärenstein fragt nunmehr behufs Feststellung der Thatfache an, ob es sich, da nur die beiderseitigen Vertreter von Berlin, Leipzig und Stuttgart erschienen sind, nur um Feststellung eines Tarifs für diese 3 Städte, oder um einen für das ganze deutsche Buchbindergerwerbe zu schaffenden Tarif handle.

Herr Dietrich-Stuttgart giebt zu, daß es sich bei Schaffung des Tarifs im Wesentlichen um diese 3 Städte handle, weil hier die Stückerarbeit im Buchbindergerwerbe namentlich in Betracht komme, dagegen sollen diese

tariflichen Bestimmungen auch Ausdehnung auf ganz Deutschland finden. Daß die hier berathenen Positionen von sämtlichen Gehilfen auch anerkannt und respektirt werden würden, dafür könne er sich verpflichten.

Herr Bärenstein macht darauf aufmerksam, daß bei der Berathung zu beachten wäre, daß man hier nicht Tarife nur für 3 Städte schaffen könne, da dessen Innehaltung diesen Städten nicht möglich sein kann, wenn nicht die Allgemeinheit des Buchbindergerwerbes diesem Tarif ebenfalls unterworfen würde.

Herr Giesecke vertritt die Meinung, daß, wenn auch vorerst bei Schaffung des Tarifs nur auf diese 3 Städte Rücksicht genommen werde, trotzdem eine Ausdehnung auch auf andere Städte möglich und auch nöthig sein werde. Die Gehilfen seien ja doch bemüht, diesen Tarif zu verallgemeinern, wenn auch dabei freilich mit Geduld zu arbeiten sein wird.

Herr Bärenstein schlägt vor, nachdem gehilfenseitig der Wille dokumentirt ist, mit ermäßigten Forderungen entgegenzukommen, zunächst zu versuchen, die Kardinalfragen des Tarifs zu erledigen und die Nebenfragen vorläufig bei Seite zu lassen. Als eine solche Kardinalfrage wäre die Gültigkeitsdauer des Tarifs zu bezeichnen.

Weiter richtet Herr Bärenstein an die Prinzipalsvertreter die Frage, wie weit auf dieser Seite Entgegenkommen bei den Verhandlungen bewiesen werden solle, worauf Herr Fritzsche-Leipzig auf den vorliegenden neuen Prinzipalsentwurf verweist.

Um in eine Verhandlung der vorliegenden beiden Entwürfe eintreten zu können, wird vom Vorsitzenden nunmehr beantragt zunächst:

1. Die Arbeitszeit festzustellen, 2. den Lohn für männliche Arbeiter und 3. den Lohn für weibliche Arbeiter.

Zur Arbeitszeit beantragen die Prinzipale: eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit inkl. Pausen, die Gehilfen eine effektiv 9 stündige Arbeitszeit mit 2 Viertelstunden Pausen, die aber zu bezahlen seien, festzusetzen.

Herr Giesecke-Leipzig bezeichnet den Prinzipalsantrag in der Fassung, daß 9 Stunden ohne Pausen bestehen sollen, als eine Schädigung der Leipziger Gehilfen; mit dem Gehilfenantrag soll erreicht werden, daß auch Berlin und Stuttgart die Pausen bezahlt erhalten sollen.

Hierauf bringt Herr Bärenstein diejenige Abmachung betreffs der Arbeitszeit zur Kenntniß, die seitens der Berliner Kontobücherfabriken mit ihren Arbeitern zum Abschluß gekommen ist. Dort hat man sich an den Buchdruckerarif angelehnt und beschlossen, daß die tägliche Arbeitszeit pro Woche nur 54 Stunden betragen solle. Er schlägt vor, sich im Sinne dieses Abkommens hier ebenfalls zu verständigen.

Nach längerer Diskussion, an welcher sich die Herren Metzsche und Wübben-Berlin, H. Fritzsche-Leipzig und Giesecke betheiligen, wird der Vorschlag des Vorsitzenden: die Bestimmung über die Arbeitszeit in folgender Form zu fassen, einstimmig genehmigt.

Die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige exkl. der Pausen und hat innerhalb der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends stattzufinden und zwar in der Weise, daß z. B. beim Arbeitsbeginn um 6 Uhr Morgens die Arbeitszeit bis spätestens um 6 Uhr Abends beendet sein muß.

An Pausen müssen gewährt werden: je eine Viertelstunde für Frühstück und Vesper und mindestens eine Stunde für Mittag.

Für den Fall, daß eine durchgehende Arbeitszeit in einer Buchbinderei eingeführt werden sollte, beantragen die Prinzipale eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit, die Gehilfen eine 8 1/4 stündige; es wird für eine 8 1/4 stündige Arbeitszeit aber auch von einzelnen Gehilfen plaidirt.

Herr A. Fritsche-Leipzig macht darauf aufmerksam, daß bei dem bei den Buchbindern meist bestehenden Stundenlohn dann auch die ausfallende Viertelstunde zu bezahlen sei.

Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, sich auf Wochenlohn zu verständigen, wird von Herrn H. Fritsche-Leipzig Namens der Prinzipale abgelehnt, weil das Arbeitsverhältniß im Buchbindergerwerbe eine volle Beschäftigung der Gehilfen in der Woche nicht immer möglich mache, sondern daß die Gehilfen z. B. in schlechter Geschäftszeit nur Theile der Woche, in flotterer Zeit aber in Ueberarbeit beschäftigt werden müssen.

Die Herren Bärenstein und Giesecke machen darauf aufmerksam, daß die Buchdruckergehilfen im Gegentheil zu den Buchbindern auf volle Beschäftigung am Tage bzw. der Woche Anspruch haben, dem Herr Giesecke noch hinzufügt, daß er es bisher nicht für glaubwürdig erachtet habe, daß solche Stundenbeschäfti-

gung im Buchbindergerwerbe bestehen könne; er finde dies aber hier doch durch beide Parteien bestätigt.

Aus der hieran sich anschließenden Diskussion geht hervor, daß ein Buchbinder bei schlechtem Geschäftsgang beispielsweise täglich nur 3 Stunden beschäftigt werden kann. Es wird dies seitens des Vorsitzenden als eine große Härte bezeichnet, und man sollte doch Gelegenheit nehmen, hier mildernde Grundzüge vielleicht dadurch aufzustellen, daß es dem Prinzipal gestattet sein solle, bei schlechtem Geschäftsgang die tägliche Arbeitszeit nur um einige Stunden zu verkürzen und vielleicht nur auf die Dauer von 100 Arbeitstagen mit je 2 Stunden.

Während die Prinzipalsvertreter geneigt sind, dem zuzustimmen, vertritt Herr Giesecke-Leipzig die Ansicht, daß die Prinzipale sich an diesen Beschluß wohl nicht binden könnten, denn wenn keine Beschäftigung sei, könne der Gehilfe von dem Prinzipal doch nicht verlangen, ihn zu beschäftigen. Die Gehilfen würden dann auch einfach entlassen werden.

Der Vorsitzende konstatiert, daß die Prinzipale bereit seien, auf folgenden Vorschlag einzugehen:

Die einzelnen Prinzipale sollen besetzt sein, nach vorheriger zweitägiger Mittheilung an das Personal anzuordnen, daß die Arbeitszeit vor Beginn der Vesperpause ausföhrt, also um 2 1/4 Stunden verkürzt wird. Diese Verkürzung der Arbeitszeit darf nur während der Dauer von 100 Arbeitstagen innerhalb eines Jahres platzgreifen. Gestattet ist, die Arbeitszeit von 1/2 Stunde bis zu einem Viertelstunde zu kürzen. — Ferner wird beantragt: der Prinzipal ist berechtigt, die reguläre Arbeitszeit nach am Abend vorausgegangener Benachrichtigung des Personals für den anderen Tag wieder anzuordnen.

Diese hier vorgeschlagene Fassung wird einstimmig genehmigt, bis auf den Passus von 100 Tagen, der seitens des Herrn Dietrich-Stuttgart als zu schwer für die Gehilfen ins Gewicht fallend bezeichnet wird.

Die Gehilfen schlagen hierauf 60 Tage vor, die Prinzipale 100 Tage; der Vorsitzende bringt 80 Tage in Vorschlag.

Der Antrag mit 60 Tagen wird hierauf mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Die Herren H. Fritzsche und Sperling-Leipzig und Wübben-Berlin machen dem gegenüber darauf aufmerksam, daß der Antrag der Prinzipale gegenüber den bisher bestanbenen Verhältnissen ein durchaus annehmbares Entgegenkommen für die Gehilfen bedeute und sehr im Interesse der Gehilfen liege.

Während die Herren Giesecke und Bärenstein an der Hand der bei den Buchdruckern bestehenden Verhältnisse nochmals auf die Härte der im Buchbindergerwerbe bestehenden täglich nur theilweisen Beschäftigung hinweisen, erklärt Herr Crönlein-Stuttgart, daß nach den Stuttgarter Verhältnissen die 100 Tage auch ihm ein wenig zu hoch bemessen zu sein scheinen und er deshalb für nur 90 Tage plaidiren möchte.

Herr Engel-Berlin zieht die Entlassung des Personals einer solchen, je nach der Geschäftslage bemessenen verkürzten Arbeitszeit während einer bestimmten Dauer von Tagen vor; er für seine Person müsse den vorliegenden Antrag ablehnen.

Es wird Schluß der Diskussion über diesen Punkt beantragt; derselbe wird angenommen.

Es haben nun noch das Wort die Herren Sperling und Fritsche-Leipzig.

Während ersterer es nicht versteht, wie der Vorschlag des Herrn Engel dem Arbeiter dienlich und erwünscht sein könne, so erkläre er sich für seine Person doch gerne bereit, das Entgegenkommen der Prinzipale wieder zurückzuziehen. Dagegen beantragt Herr Fritsche, zu sagen, daß die Arbeitszeitabkürzung pro Jahr im Minimum nicht mehr als 160 Stunden betragen dürfe.

Damit ist Schluß der Debatte eingetreten. Der Antrag des Herrn Fritsche wird hierauf einstimmig angenommen.

Ferner wird beschlossen: daß die gekürzten Arbeitsstunden in geschäftsflother Zeit nur nachgeholt werden dürfen unter der Bedingung, daß diese Stunden als Ueberstunden bezahlt werden müssen.

Weiter wird in Beendigung der vorausgegangenen Diskussion über die Arbeitszeit betreffend englische Arbeitszeit einstimmig der folgende Beschluß gefaßt:

Bei durchgehender Arbeitszeit soll die effektive Arbeitszeit eine Viertelstunde kürzer sein als vorstehend verzeichnet. Bei dieser Arbeitszeit fällt die Vesperpause fort. Die Mittagspause soll zwischen dem betreffenden Prinzipal und seinen Gehilfen vereinbart werden. Als Willensäußerung der Gehilfen gilt die Ansicht der Majorität.

Der Vorsitzende stellt hierauf die Frage der Kündigungsfrist zur Diskussion. Prinzipalsseitig wird konstatiert, daß diese bisher im Buchbindergerbe entweder nicht bestanden habe oder an gewisse Grenzen nicht gebunden war.

Prinzipalsseitig werden hierauf 8 Tage Kündigungsfrist in Vorschlag gebracht, während Herr Bergmann Berlin den Wegfall jeder Kündigung empfiehlt.

Herr Bärenstein macht demgegenüber geltend, daß die Gehilfen sich mit dem Antrag des Herrn Bergmann ja geradezu für vogelfrei im Arbeitsverhältnis erklären würden, und daß es doch im Interesse des Gehilfen liege, nicht jeden Tag sich als entlassen betrachten zu müssen. Dieser Auffassung schließt sich auch Herr Giesecke an, unter der Motivierung, daß eine Kündigungsfrist dem Arbeiter doch die Möglichkeit biete, sich innerhalb der Kündigungsfrist nach anderer Arbeit umzuschauen.

Beschlossen wurde hierauf mit allen gegen eine Stimme:

Die gegenseitige Aufkündigungszeit ist eine sieben-tägige, sofern nicht ein anderes Uebereinkommen statt gefunden hat. Die Aufkündigung kann nur am regelmäßigen Arbeitstage geschehen; ist jedoch der Arbeitstag ein Feiertag, so gilt als Kündigungstag der vorhergehende Arbeitstag.

Jedem Gehilfen muß nach vorher erfolgter, mindestens halbtägiger Meldung gestattet sein, während der Kündigungszeit täglich bis eine Stunde nach anderweitiger Kondition zu gehen; bei dem im Stundenlohn stehenden Gehilfen jedoch nur gegen entsprechenden Abzug.

Zur Diskussion steht nunmehr die Frage nach dem Stundenlohn. Hierbei erhebt Herr Bärenstein um Aufklärung darüber, ob es notwendig ist, den Lohn für männliche und weibliche Arbeiter für alle Positionen festzulegen. Es würden nach dem Gehilfenentwurf doch auch Löhne für nichtgelernte Arbeiter festgelegt; ohne die Buchbinder deklassieren zu wollen, möchte er die Gehilfen fragen, ob sie recht daran thun, sich für solche ungelerten Arbeiter in der vorliegenden Form zu engagieren; die Vermischung dieser beiden Kategorien von Arbeitern sei ihm nicht recht verständlich, falls nicht etwa das Hinzugehören der weiblichen Arbeiter zur Organisation der Gehilfen letztere bewege, sich für erstere so umfassend zu engagieren. Vielleicht wäre es vortheilhaft, die Positionen für die weiblichen Arbeiter bis zur Behandlung des sogenannten speziellen Theiles des Tarifs zurückzustellen.

Herr Salisch-Leipzig erklärt diese Zusammenfassung der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte damit, daß zum Theil das weibliche Personal die Arbeit so gut verrichte, wie manche Gehilfen, und daß deshalb die weiblichen Arbeiter bei der Lohnregulierung sehr in Betracht kommen.

Herr Krause-Berlin konstatiert, daß die weiblichen Arbeiter nach einer mehrjährigen Beschäftigung in der Buchbinderei ganz gut Gehilfen ersetzen, und daß die Gehilfen gewissermaßen aus Konkurrenzrücksichten schon mit diesen zu rechnen hätten, zumal einzelne Betriebe überwiegend weibliches Personal beschäftigen. Eine stotter weibliche Arbeiterin kommt für den Buchbindereibetrieb also sehr in Betracht.

Der Vorsitzende konstatiert, daß damit bewiesen sein soll, daß die Löhne der weiblichen Arbeiter zugleich mit denen der männlichen Arbeiter zu behandeln seien.

Da neben der Lohnhöhe die in den Entwürfen aufgenommenen Lokalzuschläge bei dieser Diskussion beachtet werden müssen, macht Herr Bärenstein darauf aufmerksam, daß die Gehilfen in ihrem Entwurf die Lokalzuschläge für die einzelnen Positionen insofern in Widerspruch zu einander gesetzt hätten, als man für die einzelnen Städte den Lokalzuschlag zum Theil verschieden nach den Positionen aufgelegt habe. Damit werde der Charakter der Lokalzuschläge, nämlich daß dieselben nur nach den Verhältnissen der Städte zu bemessen seien, völlig verwirrt.

Die Ermittlung des prinzipalsseitig während der laufenden Tarifverhandlungen bisher bewilligten Stundenlohnes wird nunmehr wie folgt festgelegt: für Stuttgart auf 39 Pf., für Leipzig und Berlin auf 42 Pf. Die Gehilfen fordern für Stuttgart 40 Pf., für Berlin 45 Pf., für Leipzig 46 1/2 Pf.

Herr Schabbe-Leipzig macht darauf aufmerksam, daß der Stundenlohn im Buchbindergerbe z. B. für Leipzig kaum für 90 Prozent der männlichen Arbeiter in Betracht komme, hier arbeiten fast alle im Akkord.

Herr Dietrich-Stuttgart giebt die Erklärung ab, daß der augenblicklich in Stuttgart gezahlte Stundenlohn nicht einer Tariffestsetzung gleichkomme, sondern

daß dies nur als ein augenblickliches und provisorisches Abkommen zu betrachten sei, und daß während der heutigen Verhandlung ein höherer Stundenlohn für Stuttgart ebenfalls verlangt werden müßte.

Herr Bärenstein macht darauf aufmerksam, daß es doch nicht angängig sei, daß beispielsweise die Stuttgarter Gehilfen jetzt während der Verhandlungen noch über den anfangs beantragten Stundenlohn hinaus von Neuem Anträge stellen könnten.

Herr Cränlein-Stuttgart konstatiert, daß im Allgemeinen in Stuttgart schon weit höhere Löhne bezahlt würden, als hier bekannt gegeben sei.

Hierauf tritt eine Mittagspause ein und wird nach Beendigung derselben in der Festsetzung des Stundenlohnes fortgefahren.

Herr Bärenstein macht hierzu den Vorschlag, für Stuttgart den Stundenlohn auf 41 Pf., für Leipzig und Berlin auf 44 Pf. festzusetzen und empfiehlt, daß sich die Parteien über diese Frage eventuell gesondert berathen sollen. Redner empfiehlt um so mehr eine Verständigung, als ja die beiden Parteien im Buchbindergerbe auf dem besten Wege seien, konform der Verhältnisse im Buchdruckgerbe ebenfalls konstante tarifliche Verhältnisse und eventuell auch eine tarifliche Organisation zu schaffen, wie sie derjenigen im Buchdruckgerbe bestehenden gleichkäme.

Die Gehilfen erklären, sich über den hier gemachten Vorschlag betreffs des Stundenlohnes besonders berathen zu müssen.

Nach Beendigung der Sonderberathung bringt Namens der Gehilfen Herr Dietrich-Stuttgart den Antrag der Gehilfen zur Kenntniß: der Stundenlohn beträgt für Stuttgart 41 Pf., für Leipzig 44 Pf., für Berlin 45 Pf., letzteren um 1 Pf. höheren Preis um deshalb, weil in Berlin mit Einführung des Stundenlohnes die höhere Entschädigung der Feiertagsbezahlung in Wegfall gekommen sei, und weil das Abkommen der Kontobücherfabriken in Berlin den Gehilfen 44 Pf. Stundenlohn und Bezahlung der Feiertage bereits garantire.

Auch Herr Giesecke schließt sich diesen Ausführungen an und empfiehlt Annahme des Gehilfenantrags.

Herr Bärenstein erkennt an, daß in dem Antrag der Gehilfen der verschiedene Stundenlohn entsprechend dem bereits mehrfach betonten Lokalzuschlag für die einzelnen Städte normirt zu sein scheine.

Herr Bergmann-Berlin erklärt, daß seine Mandatgeber auf diesem Stundenlohn unbedingt beharren müssen, und daß der verlangte Stundenlohn lediglich den Berliner Verhältnissen angepaßt sei; er könne davon nicht abweichen.

Herr Bärenstein macht den Vorschlag, daß man in Anbetracht der noch zu bemessenden anderen Lohnstufen bei einer Abstimmung über die jetzige Lohnstufe sich nur vorbehaltslos der Festsetzung der übrigen Lohnstufen anschließen möge.

Herr H. Frisch-Leipzig empfiehlt zu beschließen: für Stuttgart 41, für Leipzig 43, für Berlin 44 Pf. Stundenlohn, während Herr Giesecke sich nochmals für den Gehilfenantrag äußert.

Herr H. Frisch-Leipzig erklärt nunmehr, daß die Prinzipalsmitglieder den Gehilfenantrag acceptiren wollen.

Hierauf wird der Antrag der Gehilfen einstimmig angenommen. Die Vertreter beider Parteien erklären auf besondere Anfrage des Vorsitzenden, daß das, was hier beschlossen werde, auch seitens ihrer Mandatgeber acceptirt werden soll.

Es wird nunmehr fortberathen über die Frage: welchen Stundenlohn erhält derjenige Gehilfe, der sich noch im ersten Gehilfenjahre nach beendeter 4-jähriger Lehrzeit, bezw. der sich noch in dem zweiten Gehilfenjahre nach beendeter 3-jähriger Lehrzeit befindet.

Darnach wird festgesetzt der Stundenlohn für männliche Arbeiter nach 4-jähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre, bezw. nach 3-jähriger Lehrzeit im zweiten Gehilfenjahre: a) für Stuttgart auf 36 Pf., für Leipzig auf 39 Pf., für Berlin auf 40 Pf., b) für männliche Arbeiter nach 3-jähriger Lehrzeit im ersten Gehilfenjahre: in Stuttgart auf 33 Pf., für Leipzig auf 36 Pf., für Berlin auf 37 Pf. Der geringere Lohn darf aber nur gezahlt werden bis zur Beendigung des fünften Jahres nach Beginn der Lehrzeit.

Diese Sätze werden einstimmig angenommen.

Es kommt zur Feststellung der Lohnsätze für Presser an der Tegelbruckpresse während der Lehrzeit (letztere wird prinzipalsseitig auf drei Monate, gehilfenseitig auf drei Wochen bemessen, gehilfenseitig wird der Lohn beantragt auf 53 Pf., prinzipalsseitig auf 50 Pf.).

Beschlossen wird zunächst, daß die Arbeiter an der Phönix- und Viktoriapresse, sowie an der Deckenmach-

maschine mindestens zur Hälfte von Gehilfen ausgeführt werden müssen.

Dagegen wird der beantragte Lohnsatz und die Lehrdauer mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Nachdem die Dauer der Lehrzeit prinzipalsseitig auf 6 Wochen zugestanden worden, wird der Antrag in zweiter Abstimmung genehmigt.

Der Stundenlohn wird festgesetzt während der sechs-wöchigen Lehrzeit für Stuttgart auf 18, für Leipzig auf 50, für Berlin auf 52 Pf., nach dieser Lehrzeit für Stuttgart auf 58, für Leipzig auf 60 und für Berlin auf 62 Pf.

Der Gehilfen-Antrag Berlin: für Spezialarbeiter, Presser, Marmorierer ein höheres Minimum zu bezahlen, wird, da auch die Gehilfendeleiterten theilweise sich gegen eine Trennung der Buchbinder in verschiedene Klassen aussprechen, abgelehnt.

Weiter wird berathen der Lohn für weibliche Arbeiter. Dabei wird zunächst zu Protokoll gegeben, daß als geübte Arbeiterin diejenige zu betrachten ist, die mindestens 1 Jahr gelernt hat.

Prinzipalsseitig wird beantragt: der Stundenlohn für ungeübte weibliche Arbeiter beträgt in den ersten 6 Monaten 13, in den zweiten 6 Monaten 16 Pf. Nach Verlauf eines Jahres erhält die Arbeiterin den Lohn für geübte Arbeiterinnen.

Gehilfenseitig wird dem Antrage nicht zugestimmt.

Seitens des Vorsitzenden wird hierauf als Vermittlungsvorschlag empfohlen: Für ungeübte Arbeiterinnen in den ersten 6 Monaten für Stuttgart 13 Pf., für Leipzig 14 Pf., für Berlin 16 Pf., in den zweiten 6 Monaten für Stuttgart 16 Pf., für Leipzig 17 Pf., für Berlin 19 Pf. an Stundenlohn zu zahlen. Nach Verlauf eines Jahres erhält die Arbeiterin zum Mindesten den Minimallohn für geübte Arbeiterinnen. Dieser Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Berliner Gehilfen angenommen.

Nunmehr kommt zur Verhandlung der Lohn für geübte Arbeiterinnen (erkl. Desterinnen und Goldschaträgerinnen).

Zu Protokoll wird gegeben: Unter Desterinnen sind Arbeiterinnen an Universal-Nestmaschinen nicht zu verstehen.

Prinzipalsseitig wird beantragt: Den Stundenlohn für Stuttgart auf 21 Pf., für Leipzig auf 22 Pf., für Berlin auf 25 Pf. zu bemessen.

Seitens der Berliner Gehilfen wird ein Stundenlohn von 28 Pf. beantragt.

Da eine Einigung hierüber nicht erzielt wird, ziehen sich die Gehilfen zu einer Sonderberathung zurück, nach deren Beendigung für Berlin 27 Pf. pro Stunde beantragt wird.

Hierauf kommt zur Abstimmung der Antrag: den Stundenlohn für Stuttgart auf 21 Pf., für Leipzig auf 22 Pf., für Berlin auf 27 Pf. zu bemessen. Derselbe wird abgelehnt, dagegen wird der Antrag: für Stuttgart 21 Pf., für Leipzig 22 Pf., für Berlin 25 Pf. Stundenlohn festzusetzen, gegen die Stimmen der Berliner Gehilfen angenommen.

Zu Protokoll wird gegeben: daß höher bezogene Löhne nach den hier gegebenen Festlegungen nicht rezugirt werden sollen.

Für Arbeiterinnen an Drahtnestmaschinen (erkl. Universalnestmaschinen), Fadennestmaschinen (erkl. Holländer), Satz- und Ansmiermaschinen, Goldschaträgerinnen, Schriftmädchen und Bronzemädchen, Mädchen an Prägeschneidpressen, sowie für alle Maschinenarbeiterinnen beträgt der Minimallohn für Stuttgart 26 Pf., für Leipzig 27 Pf., für Berlin 30 Pf.

Die Gehilfenvertreter für Berlin wünschen zu Protokoll zu geben, daß sie höhere Löhne auch für Arbeiterinnen dieser Kategorie beantragt hätten, ihren Antrag bei der Ausichtslosigkeit auf Annahme jedoch zurückzuziehen.

Es kommt zur Verhandlung die Entschädigung für Ueberstunden. Als Vergleichsvorschlag zu den vorliegenden beiderseitigen Anträgen wird seitens des Vorsitzenden beantragt, die erste Ueberstunde mit 25 Prozent, die zweite mit 33 1/2, die dritte mit 50 Prozent Aufschlag auf den Stundenlohn zu entschädigen. Dagegen beantragt Herr Engel-Berlin für die ersten zwei Stunden 33 1/2 Prozent, für die dritte 50 Prozent Aufschlag.

Angenommen wird schließlich der folgende Antrag: Nach geleisteter 9-stündiger Arbeitszeit sind zu zahlen

a) für männliche Arbeiter für die erste Stunde 19 Pf., für die zweite 15 Pf., für die dritte 20 Pf. Extra-Entschädigung;

b) für weibliche Arbeiter für die erste Stunde 5 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 10 Pf.

Als Zusätze werden beantragt: Regelmäßige Ueberstunden sind thunlichst zu vermeiden; wenn solche nicht zu umgehen sind, ist das Personal unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, Ueberstunden zu leisten.

Halbe Extrastunden, wenn solche sich in einer Arbeitswoche bei männlichen oder weiblichen Arbeitern wiederholen, sind am Schluß der Woche zusammenzulegen. Ergiebt sich bei dieser Zusammenlegung eine überschießende halbe Stunde, so ist die Extra-Entschädigung für diese halbe Stunde voll zu gewähren.

Ohne begründete Entschuldigungsveräußerung Arbeitsstunden berechtigen den Prinzipal, ein Nachholen derselben durch Extrastunden ohne Extra-Entschädigung zu verlangen. Ein freiwilliges Nachholen veräußerter Arbeitszeit ist dem Gehilfen nicht gestattet.

Diese Zusätze werden sämtlich angenommen. Der Antrag: Ueberstunden am Sonnabend und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen, sowie an Sonntagen sind mit dem höchsten Satz von 20 Pf. bei männlichen Arbeitern, bei weiblichen Arbeitern mit 10 Pf. zu entschädigen, wird einstimmig angenommen.

Pausen für Ueberstunden werden wie folgt beantragt und mit Einstimmigkeit genehmigt:

Bei einer zweistündigen Ueberzeitarbeit und einer solchen bis zu drei Stunden ist eine viertelstündige Pause und bei einer über drei Stunden währenden Ueberzeitarbeit eine halbstündige Pause zu gewähren. Bei ein- und anderthalbstündiger Ueberzeitarbeit giebt es keine Pausen. — Bei Sonn- und Feiertagsarbeit von je vier Stunden Vor- oder Nachmittags ist keine Pause, bei über vierstündiger Arbeitszeit je Vor- oder Nachmittags je eine viertelstündige Pause zu gewähren. Die Pausen gehen auf Kosten des Prinzipals.

Weiter wird beantragt auf Resolution zu § 3:

Alle bisher auf Stundenlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Lohnzuschlag von 5 Prozent; soweit solcher bereits seit September eingetreten ist, erfolgt ein Zuschlag nicht.

Wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit sind alle unter das „Vorwort“ oder die jetzigen „Allgemeinen Bestimmungen“ fallenden wesentlichen Punkte erledigt; die noch nicht behandelten einzelnen Bestimmungen desselben sollen getrennt werden in solche, die bei der Verathung noch zu Zerwürfnissen führen könnten, und solche, für welche eine Einigung der Parteien vorauszusetzen ist. Erstere sollen sofort erledigt, die übrigen einer noch zu wählenden Kommission überwiesen werden, ebenso die Festsetzung der Akkordsätze. Für letztere giebt Herr H. Frisch-Leipzig die Erklärung ab, daß, wenn die Gehilfen die prinzipalsseitig vorgeschlagene Formalskala wenigstens im Prinzip acceptiren, dies dazu führen würde, daß über alle noch zu behandelnden Fragen, speziell über die Festsetzung der Preise der Stala, zweifellos auch eine Einigung herbeigeführt werde.

Herr Bürenstein schlägt vor, daß, falls eine Einigung unter den Parteien über die noch zu behandelnden Fragen nicht möglich ist, sich dann vielleicht des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker als Schiedsgericht zu bedienen. Der Spruch desselben wäre dann von den Parteien unbedingt zu acceptiren.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Erlebigung der Frage: „Was erhält der im Akkordlohn stehende Gehilfe pro Stunde bei Beschäftigung im Stundenlohn?“ der noch zu wählenden Kommission überwiesen.

Die Frage: „Was ist zur Ermittlung der Akkordsätze der Gehilfen Mädchenarbeit, was nicht?“ wird unter Durchnahme sämtlicher im Tarif (Akkordsätze) festgelegten Spezialarbeiten festgesetzt: die Beschlußfassung der betreffenden Akkordsätze wird aber ebenfalls der zu wählenden Kommission überlassen.

In diese Kommission werden durch Zuzug nunmehr gewählt: Prinzipalsseitig die Herren Ender und Hoffmann in Leipzig, Probst und Wübben in Berlin, die Stuttgarter Prinzipalsvertreter bitten von ihrer Delegation Abstand zu nehmen, da sie drin-

gend behindert seien, noch länger an der Verathung Theil zu nehmen. Auf Wunsch erklären sie sich aber bereit, die Delegation anzunehmen, behalten sich aber vor, eventuell andere Vertreter zu schicken. Gehilfenseitig werden gewählt: die Herren A. Frisch und Galisch in Leipzig, Lender und Schopper in Stuttgart. Die Berliner Delegirten lehnen zur Zeit eine Mitarbeit in der Kommission ab, behalten jedoch ihren Mandatgebern vor, Delegirte zu entsenden.

Herr Dietrich verspricht eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Es wird aber gleichzeitig konstatiert, daß das, was die Kommission beschließt, als Gesetz zu respectiren ist.

Der Kommission wird aufgegeben, spätestens mit Beginn der neuen Woche zusammenzutreten und das Inkrafttreten des zweiten Theiles des Tarifs, sowie sonstiger noch zu erlebender Bestimmungen bestimmt bis zum 15. Oktober zu bewirken. Die Kommissionsmitglieder verpflichten sich hierzu.

Beschlossen wird ferner, daß der alte Tarif noch bis zu dem Einführungstermin des neuen bestehen bleibt, daß der bereits beschlossene Theil aber sofort in Kraft zu treten habe, also am Mittwoch den 19. September.

Auf die Anfrage des Vorsitzenden, welche Stellung die Gehilfenorganisation gegenüber der zu bebauenden Haltung der Gehilfen-Delegirten Berlins in Bezug auf den mit Majorität beschlossenen Tarif annehmen werde, erklärt Herr Dietrich-Stuttgart, daß die hier anwesenden Gehilfen verpflichtet seien, für die Durchführung der Beschlüsse auch einzutreten. Gehilfen, die sich diesem Beschluß nicht fügen, können seitens der Buchbindergehilfen-Organisation Unterstützung in ihrem isolirten Vorgehen nicht finden.

Betreffs der Gültigkeitsdauer des Tarifs wird hierauf beschloffen: Der neue Tarif gilt bis zum 1. September 1903. Die Kommission ist aber berechtigt, nach Festsetzung der Akkordsätze auch eine längere Gültigkeitsdauer zu beschließen.

Die Verathung der Akkordsätze nach der Formalskala, der Lehrlingszahl u. und der Frage: „Wie ist der Abzug für die Mitarbeit der Lehrlinge oder Arbeitsburschen bei Gehilfen, die im Akkordlohn beschäftigt sind, zu reguliren?“ werden der gewählten Kommission zur Erlebigung bis spätestens 15. Oktober überwiesen.

Bezugs Konstituierung der gewählten Kommission als Tarifkommission werden prinzipalsseitig die Herren Sperling zum Vorsitzenden, Hoffmann zum Stellvertreter, gehilfenseitig die Herren Schaible zum Vorsitzenden, Galisch zum Stellvertreter gewählt.

Als Sitz dieser Kommission wird Leipzig gewählt. Die Schaffung weiterer tariflicher Organisationen nach dem Muster der im Buchdruckgewerbe bestehenden wird dieser Kommission zugewiesen.

Sämtliche Vorschläge werden ohne Widerspruch acceptirt.

Hierauf werden folgende Erklärungen abgegeben:

- 1. Der Streit im Buchbindergewerbe wird durch den Verlauf der heutigen Verhandlung für beendet erklärt; 2. die Gehilfen verpflichten sich, die Arbeit am Montag früh wieder aufzunehmen.

Betreffs der Wiedereinstellung der entlassenen oder freiwillig ausgehorenen Gehilfen in die alten Plätze erklären die Prinzipale, daß sie wegen Einstellung anderen Personals gar nicht in der Lage seien, dies thun zu können, wogegen Herr Dietrich-Stuttgart die Wiedereinstellung dieser Gehilfen in die alten Plätze als eine selbstverständliche Folge der heutigen Verathung betrachtet.

Herr Bürenstein plädiert mit versöhnlichen Worten im Sinne des Herrn Dietrich, verlangt aber auch von Seiten der Gehilfen ein ordnungsgemäßes Verhalten bei Wiederaufnahme der Arbeit, so daß der Friede in der Werkstatt wieder gewährleistet sei.

Dieser Ausführung schließt sich Herr Giesecke mit kurzen Worten ebenfalls an.

Prinzipalsseitig wird hierauf einstimmig die Erklärung abgegeben, nach dem Vorschlag des Vorsitzenden verfahren zu wollen.

Der Wunsch der Gehilfen, die prinzipalsseitig angelegten Klagen wegen Kontraktbruchs zurückzuziehen, giebt Herrn Bürenstein Veranlassung, zu bemerken, daß die Versammlung aus gesetzlichen Gründen nicht berechtigt sei, zu beschließen, daß die Zurückziehung der Klagen zu erfolgen habe, aber auch er richte an die Herren Prinzipalsvertreter die Bitte, den Frieden damit zu einem vollständigen zu machen. Ein derartiges Zugeständniß der Herren Prinzipale möchten die hier anwesenden Mitglieder des Tarifamtes sich gleichsam als Lohn für die bei der Vermittlung ihnen erwachsene Arbeit erbitten.

Hierzu geben die Prinzipalsvertreter ihre Bereitwilligkeit zu verstehen.

Damit sind die Verhandlungen zu Ende geführt.

Herr Bürenstein dankt nun in einem Schlusswort den anwesenden Vertretern beider Parteien für das Entgegenkommen, welches das Tarifamt bei seiner immerhin recht schweren Vermittlerrolle gefunden. Er hoffe, daß die Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse nicht nur den Frieden im Buchbindergewerbe wieder herbeiführen werden, sondern daß durch das Ergebnis der heutigen Verathung im Buchgewerbe der Wunsch nach gänzlicher Beseitigung bzw. Verhinderung solch schwerer Konflikte immer mehr erstarke. Damit erkläre er die Verhandlungen für geschlossen.

Herr Frisch-Leipzig dankt hierauf Namens der Prinzipale im Buchbindergewerbe in herzlichsten Worten dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker für die angebotene und mit so schwerer Arbeit verbundene Vermittlung, und freut sich, daß es den Mitgliedern desselben gelungen, die ausgebrochenen Differenzen wieder zu beseitigen. Vorzüglich richtet sich sein Dank an den Prinzipalsvorsitzenden des Tarifamtes, Herr Bürenstein, der mit außerordentlichem Geschick und großer Anstrengung die umfangreiche Arbeit der heutigen Sitzung auf sich genommen und zu erfreulichem Ziele geführt habe. Die Prinzipalsvertreter glauben den Dank für dieses bereitwillige Entgegenkommen aber dadurch am besten dokumentiren zu können, daß sie sich verpflichtet halten, das hier Beschlossene strengstens zur Durchführung zu bringen. Sie glauben damit am besten ihre Dankbarkeit dem Tarifamt bezeugen zu können. Die Versammlung aber ersuche er, sich zum Danke für das Tarifamt der deutschen Buchdrucker von den Plätzen zu erheben. Dies geschieht.

Herr Giesecke freut sich, das Versprechen strenger Tarifdurchführung von Seiten der Prinzipale zu hören und knüpft daran die bestimmte Hoffnung, daß auch gehilfenseitig die Durchführung der gefassten Beschlüsse in demselben Umfang erfolgen werde; gleichzeitig dankt er für die von beiden Seiten während der Verhandlungen bewiesene Bereitwilligkeit, der gegebenen Anregung zu einem friedlichen Ausgleich Folge zu leisten.

Herr Dietrich dankt Namens der Gehilfenvertreter dem Tarifamt für seine vermittelnde und erfolgreiche Thätigkeit, zollt aber besondere Anerkennung dem Prinzipalsvorsitzenden, Herrn Bürenstein, für die während der Verhandlungen bewiesene Objektivität und den gezeigten ersichtlichen Willen, beiden Theilen gerecht zu werden. Sind auch die Forderungen der Gehilfen nicht alle, wie es gewünscht, anerkannt worden, so wollen sich dieselben mit dem Erreichten doch vorläufig begnügen und sind selbstverständlich bereit, für das Beschlossene nunmehr auch einzutreten und zu wirken. Die Gehilfen soll es freuen, wenn mit der gelungenen Vermittlung nun auch der Friede in den Buchbinderereien wieder Einzug halte.

Hierauf verliest der Geschäftsführer des Tarifamtes das Protokoll über die Verhandlungen, das ohne Widerspruch genehmigt wird.

Dasselbe soll den Theilnehmern an den Verhandlungen in den nächsten Tagen gedruckt zugehen und außerdem den Organen der beiden Organisationen im Buchbindergewerbe behufs Veröffentlichung zur Verfügung gestellt werden.

Die entstehenden Kosten übernehmen die beiderseitigen Organisationen.

Georg W. Bürenstein, Prinzipals-Vorsitzender im Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

L. G. Giesecke, Gehilfen-Vorsitzender

D. Weistein, A. Crülein, Ender, Hugo Frischke, P. Hoffmann, C. Meischke, C. Probst, C. Schwabe, Alfred Sperling, C. Wübben Vertreter der Buchbinder-Prinzipale.

Dietrich, Engel, Frisch, Galisch, Lender, Schaible, Schopper, Schulze, Wurt Vertreter der Buchbinder-Gehilfen.

(Die Gehilfenvertreter Bergmann- und Krause-Berlin lehnen die Unterschrift des Protokolls ab, ohne damit gegen den tatsächlichen Inhalt desselben protestiren zu wollen.) Paul Schliebs, Geschäftsführer im Tarifamt der Deutschen Buchdrucker als Protokollführer.